

VERBANDSBERICHT 2002

Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

HYPO
LANDESBANK

VERBANDSBERICHT 2002

PRÄSIDIUM

Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma
Direktor Dr. Wolfgang Kulterer
Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer

Präsident
Vizepräsident
Vizepräsident

SEKRETARIAT

Generalsekretär Mag. Dietmar Rupa
Generalsekretär-Stellvertreter Dr. Christoph Hiesberger
Mag. Wolfgang Wild
Mag. Bernhard Freudenthaler

Geschäftsführer
stv. Geschäftsführer
Leiter Hypo-Bildung

(Stand: April 2003)

VERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN LANDES-HYPOTHEKENBANKEN
Brucknerstraße 8, 1043 Wien, Tel. Nr. +43 (0)1/505 87 32-0, Telefax Nr. +43 (0)1/505 87 32-20,
verband@hypoverband.at; www.hypoverband.at



VERBANDSBERICHT 2002

ORDENTLICHE MITGLIEDER

EB und HYPO – Bank Burgenland AG	7001 Eisenstadt Neusiedler Straße 33 Telefon +43 (0) 2682/605 Serie Telefax +43 (0) 2682/605 209 www.bank-bgld.at	Vorstand: Generaldirektor KR Dr. Wolfgang Ulrich Vorsitzender Direktor Mag. Gerold Stagl
HYPO ALPE-ADRIA- BANK AG	9010 Klagenfurt Alpen-Adria-Platz 1 Telefon +43 (0) 50202 Telefax +43 (0) 50202 3899 www.hypo-alpe-adria.com	Vorstand: Direktor Dr. Wolfgang Kulterer, Vorsitzender des Vorstandes Direktor Mag. Dr. Jörg Schuster Direktor Mag. Günter Striedinger Direktor Dietmar Falschlehner (bis 31.12.2002)
Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank AG	3100 St. Pölten Kremser Gasse 20 Telefon +43 (0) 2742/4920 Telefax +43 (0) 2742/4920 1444 www.noehypo.at	Vorstand: Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer, Vorsitzender Direktor Dr. Günter Matuschka Direktor Dr. Wilhelm Miklas
Oberösterreichische Landesbank AG	4010 Linz Landstraße 38 Telefon +43 (0) 732/7639 Telefax +43 (0) 732/7639 205 www.hypo.at	Vorstand: Generaldirektor Dr. Wolfgang Langbauer, Vorsitzender Generaldirektor-Stv. Dr. Karl Wiesinger, Vorsitzender-Stv. Vorstandsdirektor Mag. Emil Lauß
Salzburger Landes- Hypothekenbank AG	5010 Salzburg Residenzplatz 7 Telefon +43 (0) 662/8046 Serie Telefax +43 (0) 662/8046 3004 www.hyposalzburg.at	Vorstand: Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer Generaldirektor-Stv. Dr. Andreas Mitterlehner
Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	8010 Graz Radetzkystraße 15 Telefon +43 (0) 316/8051 Telefax +43 (0) 316/8051 264 www.hypobank.at	Vorstand: Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger Vorsitzender Direktor Dr. Edwin Knoll, Vorsitzender-Stv. Direktor Dr. Ludwig Sik
HYPO TIROL BANK AG	6021 Innsbruck Meraner Straße 8 Telefon +43 (0) 50700 Telefax +43 (0) 50700 42150 www.hypotiro.com	Vorstand: Direktor Dr. Josef Prader, Vorsitzender Direktor Dr. Siegfried Rainer-Theurl, Vorsitzender-Stv. Direktor Walter Mair
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG	6901 Bregenz Hypo-Passage 1 Telefon +43 (0) 5574/414 Telefax +43 (0) 5574/414 457 www.hypovbg.at	Vorstand: Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma, Vorsitzender Direktor Dr. Ernst Stadelmann, Vorsitzender-Stv. Direktor Mag. Dr. Johannes Hefel

(Stand: April 2003)

VERBANDSBERICHT 2002

AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDER

Österreichischer Gemeindebund	1010 Wien Löwelstraße 6 Telefon +43 (0) 1/5121480 Telefax +43 (0) 1/5121480 72	Vertreten in der Vollversammlung und im kommunalen Ausschuß durch: Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident Hofrat Dr. Robert Hink, Generalsekretär
Österreichischer Städtebund	1082 Wien 8 Rathaus Telefon +43 (0) 1/4000 89985 Telefax +43 (0) 1/4000 9989980	Vertreten in der Vollversammlung durch: Obersenatsrat Dkfm. Dr. Erich Pramböck, Generalsekretär
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands	D-10832 Berlin Lennéstraße 17 Telefon +49/30/8192 0 Telefax +49/30/8192 222	Vertreten in der Vollversammlung durch: Dr. Karl-Heinz Boos, Hauptgeschäftsführer
Bank Austria Creditanstalt AG	1030 Wien Vordere Zollamtsstraße 13 Telefon +43 (0) 50505-0 Telefax +43 (0) 50505-44890	Vertreten in der Vollversammlung durch: Mag. Alfred Simon

LÄNDERBEIRAT

MITGLIEDER	
Burgenland: Landesrat Helmut Bieler Generaldirektor KR Dr. Wolfgang Ulrich	Steiermark: Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger
Kärnten: Landeshauptmann-Stv. Ing. Karl Pfeifenberger Direktor Dr. Wolfgang Kulterer	Tirol: Landeshauptmann-Stv. Ferdinand Eberle Direktor Dr. Josef Prader
Niederösterreich: Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer	Vorarlberg: Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma
Oberösterreich: Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer Generaldirektor Dr. Wolfgang Langbauer	Verband: Generalsekretär Mag. Dietmar Rupar
Salzburg: Landeshauptmann-Stv. Wolfgang Eisl Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer	

PFANDBRIEFSTELLE

Pfandbriefstelle der österreichischen Landes- Hypothekenbanken	1043 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/5058732-0 Telefax +43 (0) 1/5058732-64	Vorstand: Mag. Dietmar Rupar geschäftsführender Direktor Dr. Christoph Hiesberger stv. geschäftsführender Direktor Dr. Hannes Leitgeb
--	--	--

(Stand: April 2003)

INHALT

WIRTSCHAFTSLAGE	5
Die österreichische Wirtschaft	5
Währungspolitik	7
Geld und Kredit	8
Kapitalmarkt.....	13
DAS RECHTLICHE UMFELD	16
BWG und Bankrecht	16
Internationale Entwicklungen	18
EU-Themen	19
Steuern	20
GESCHÄFTSPOLITIK	22
Die Hypos im Jahr 2002.....	22
Geschäftsentwicklung	23
Strategische Partnerschaften	25
Gemeinsame Einrichtungen des Sektors	26
Internationale Kontakte	30
Geschäftsverlauf	31
Ausblick für 2003.....	33
GESCHÄFTSENTWICKLUNG	36
Aktivgeschäft	36
Passivgeschäft	38
MITARBEITER	44
Kollektivvertrag	44
Ausbildung	45
MITGLIEDSINSTITUTE	46

DIE ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFT

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich mit einem realen Wachstum von 1% gedämpft. Diese schleppende Entwicklung wird sich auch 2003 fortsetzen. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zeigte sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Österreich liegt aber etwas über dem EU-Durchschnitt, der 0,9% betragen hat. Insbesondere die großen Länder in der Eurozone – allen voran Deutschland – waren hauptverantwortlich für die schwache konjunkturelle Entwicklung.

Während sich der Außenbeitrag deutlich verbesserte, hat sich die Binnenkonjunktur deutlich unter ihren Erwartungen entwickelt. Nach Berechnungen von Statistik Austria erzielte der österreichische Handel im Jahr 2002 einen nominellen Umsatzzuwachs von nur 1%. Der KFZ-Handel litt mit minus 3,6% besonders stark unter der geringeren Ausgabenbereitschaft der Konsumenten.

Die negativen Folgen des Hochwassers, insbesondere für die Versicherungswirtschaft, führten zu einer weiteren Verlangsamung des Wirtschaftswachstums; vor allem in Ober- und Niederösterreich gab es während der Sommermonate umfangreiche Produktionsausfälle. Dies belastete auch die Budgetpolitik im Rahmen eines umfassenden Hochwasserhilfspakets.

Bauwirtschaft

Ebenso düster war das Bild in der Bauwirtschaft. Die reale Wertschöpfung der Bauwirtschaft hat sich 2002 stabilisiert und stieg im Jahresdurchschnitt um 0,2%. Die Entwicklung unterlag jedoch starken unterjährigen Schwankungen: Während zu Jahresbeginn die reale Bauproduktion zurückging, konnte in den Sommermonaten kurzfristig eine Verbesserung erzielt werden, die allerdings durch die Hochwasserkatastrophe im III. Quartal zunichte gemacht wurde.

Im Laufe des Jahres 2003 dürfte die markante Schwächephase allerdings überwunden werden. Die Tiefbauaktivitäten entwickelten sich dabei günstiger als im Hochbau, doch sollte auch im Wohnbau (-1½%) der untere Wendepunkt erreicht worden sein. Dagegen wird der Bürobau nach der Phase starker Expansion in den kommenden Jahren rückläufig sein.

Leistungsbilanz dreht ins Plus

Die Importschwäche hatte zusammen mit der Zunahme der Einnahmen aus dem Tourismus dafür einen Ausgleich der Leistungsbilanz zugeführt. Der Saldo drehte sich nach einem Defizit in Höhe von € 4,1 Mrd. im Jahr 2001 in einen Überschuss von € 0,8 Mrd. Vor allem die Importnachfrage nach Investitions- und langfristigen Konsumgütern ging 2002 wegen der Konjunkturschwäche deutlich zurück.

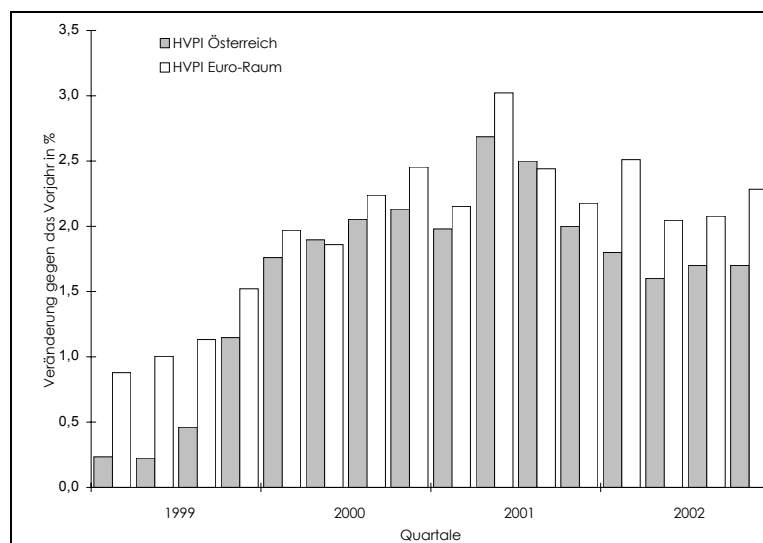
Tourismus

Die Steigerung der Einnahmen aus dem Tourismus waren vor allem auf den regen Zustrom von ausländischen Gästen (+2,5%) zurückzuführen, während bei den Inländern ein Minus von 1,4% zu verzeichnen war. Die ungünstige Konjunktur führte zu einer Verlagerung von Fernreisen hin zu Kurzurlaube, von denen Österreich im besonderen profitieren konnte. Die Zahl der Nächtigungen lag mit knapp 116,8 Mio. um 1,4% über dem Vorjahr und erreichte damit beinahe das Niveau von 1995.

Inflationsrate

Die Inflationsrate verzeichnete im Jahr 2002 einen Zuwachs von 1,7% und widerlegt gleichzeitig den Vorwurf, die Euro-Bargeldumstellung hätte zu einer nachhaltigen und spürbaren Verteuerung geführt. Mit 1,7% zählt Österreich nach wie vor zu den preisstabilsten Ländern in der Eurozone. Starke Teuerungsimpulse gingen dabei vom Bereich Verkehr aus. So erhöhten sich die Preise von Kraftstoffen und Schmiermitteln um 7,6% gegenüber dem Vorjahr. Auch die Prämien von KFZ-Versicherungen (+4,8%) und die Tarife im öffentlichen Verkehr wurden kräftig angehoben.

Verbraucherpreistrends in Österreich und im Euro-Raum



Quelle: OECD, Statistik Austria

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote betrug nach nationaler Berechnung 6,9% (Vj. 6,1%), das sind 4,1 % laut EU-Konzept (Vj. 3,6%). Damit lag Österreich fast um die Hälfte unter dem EU-Durchschnitt, der nach internationaler Berechnung 7,6% betrug. Spitzenreiter dabei waren Spanien, Griechenland und Deutschland. Insgesamt waren am Jahresende beim AMS 232.400 Personen für offene Stellen vorgemerkt.

Besonders bei männlichen Arbeitssuchenden unter 25 Jahren waren die Zuwächse überproportional. Aber auch bei älteren Männern und Frauen waren extrem starke Zunahmen zu vermelden. Die Arbeitslosenquote von Dienstnehmern ab 60 bzw. 55 (Frauen) betrug in diesem Segment 11,4%. Geringqualifizierte, d.h. Personen ohne Berufsausbildung, stellen einen Anteil von 45% aller Arbeitslosen.

Durch die Konjunkturschwäche kam es in einigen Branchen zu doch deutlichem Stellenabbau, wie z.B. in der Bauwirtschaft, dem Handel, im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Andere Branchen konnten hingegen an Beschäftigten zulegen, wie Gesundheits- und Sozialwesen, unternehmensbezogene Dienstleistungen, aber auch die Gastronomie.

Karenz- und Kindergeld zeigten einen negativen Beschäftigungseffekt. Die Zahl von erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren sank von 68,4% auf 66,3%. Diese Abnahme bedeutet aber auch eine Trendumkehr zu den vergangenen Jahren.

Einkommen

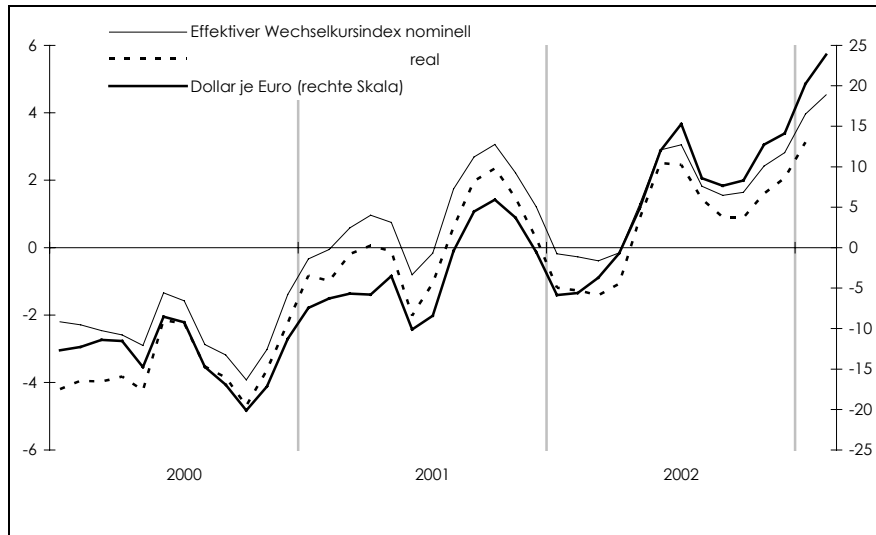
Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die Einkommen der privaten Haushalte 2002 nominell um 2,9% zu, real um 1,0%. Die Konsumquote änderte sich wegen des nahezu identischen Verlaufs von Konsum und Einkommen kaum. Die Sparquote (sie setzt als Pendant zur Konsumquote das Sparen in Beziehung zum Einkommen) war 2002 mit 7,5% nur wenig höher als ein Jahr davor, weil der trendbedingte Anstieg durch den konjunkturbedingten Rückgang nahezu ausgeglichen wurde.

WÄHRUNGSPOLITIK

Die Entwicklung des nominell-effektiven Wechselkurses ist durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar geprägt, der zum Ultimo mit 1,0487 notierte und die psychologisch wichtige Marke von 1 durchbrechen konnte. Mit einer kurzen Unterbrechung im Sommer nahm der Außenwert des Euro ab Februar 2002 durchgehend zu. Insgesamt entstand dadurch eine durchschnittliche nominell-effektive Aufwertung um 1,4%. Die Steigerung des nominell-effektiven Wechselkurses war im Vergleich zum Dollarkurs relativ schwach, weil sie auf Jahresdurchschnittswerten beruht, das Gewicht des Dollars im Wechselkursindex vergleichsweise klein ist und der Euro gegenüber den Währungen anderer wichtiger Handelspartner, wie etwa Tschechien, Ungarn und der Schweiz abwertete. Besonders groß war 2002 mit -30,3% wieder der Wertverlust der türkischen Lira.

Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Quelle: Wifo

GELD UND KREDIT

In der Kreditwirtschaft wirken sich nunmehr die Konsolidierungsschritte der letzten Jahre auf das Vertriebsnetz aus. Die Zahl der Hauptanstalten (897) und jene der Zweiganstalten (4.471) nahmen gegenüber dem Vorjahr wiederum ab; zum Jahresultimo waren mit 75.779 um 594 Personen weniger bei österreichischen Kreditinstituten beschäftigt.

Die Geschäftsentwicklung der österreichischen Banken war durch das schwache Wirtschaftswachstum, sinkende Aktienkurse, die weiterhin niedrige Sparquote, die geringe Investitionstätigkeit sowie den leichten Rückgang der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern geprägt. Die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute schrumpfte durch die Konsolidierung zweier Großbanken (BA-CA) 2002 zum ersten Mal, seitdem elektronische Daten verfügbar sind (1978) auf € 573,3 Mrd., was einem Rückgang von 2,5% gleichkommt.

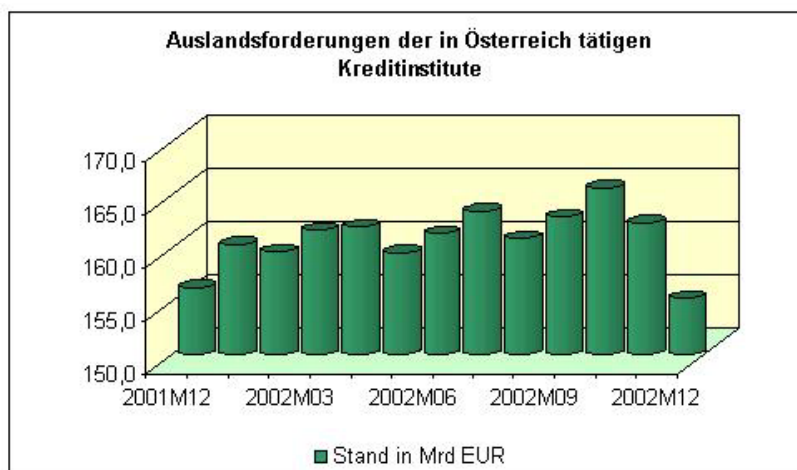
Wie im Vorjahr war die Geschäftsdynamik vor allem durch das Inlandsgeschäft bestimmt. Das Auslandsgeschäft auf der Aktivseite der Bilanz blieb etwa konstant. Die Struktur der Mittelaufbringung verschob sich vom Ausland zum Inland. Die Auslandspassiva nahmen um € 10,1 Mrd. besonders stark ab und trugen damit auf der Passivseite den Großteil des Rückgangs der Bilanzsumme.

Aktivgeschäft

Auf der Aktivseite der Bankbilanz war bei den verbrieften Verbindlichkeiten entgegen dem internationalen Trend innerhalb der inländischen Wertpapiere eine Verlagerung von festverzinslichen Anleihen zu Anteilswerten zu bemerken. Die Direktkredite entwickelten sich aufgrund einer Abnahme im Kommerzkundenbereich und des öffentlichen Sektors 2002 trotz des rückläufigen Zinsniveaus für Kredite unterdurchschnittlich. Im Geschäft mit privaten Haushalten steigerten die Kreditinstitute ihr Volumen an Ausleihungen deutlich, die sehr niedrigen Zinssätze von Fremdwährungskrediten – hier vor allem wieder in Schweizer Franken und Yen – bewirkten eine rege Verschuldungsbereitschaft.

Im Jahr 2002 wurden 75% des zusätzlichen Kreditneugeschäfts in einer Fremdwährung abgeschlossen, das sind ca. € 2,06 Mrd. Mittlerweile lautet bereits fast ein Fünftel aller vergebenen Direktkredite auf eine Fremdwährung. Eine Änderung der Zinslandschaft in den beiden bevorzugten Währungen - Schweizer Franken und Japanischer Yen - und eine Verschiebung der Währungsrelation können die Belastung mit Zinszahlungen und Tilgungen und damit die frei verfügbaren Mittel für Konsumausgaben sprunghaft verändern. Die Kreditsumme in Schweizer Franken machte 2002 etwa 55% aller Fremdwährungskredite aus, 37,2% lauten auf den Japanischen Yen.

Auslandskredite gehen um 4,7 % zurück



Quelle: OeNB

Zu Ende Dezember betrug das Volumen der von österreichischen Banken an das Ausland vergebenen Kredite € 155,3 Mrd. Die Abnahme gegenüber dem Ende des Vorquartals betrug rund 4,7%, gegenüber Jahresende 2001 waren es 0,6%. Regional gegliedert (gemäß der BIZ-Regionalstatistik) zeigt sich, daß die Rückgänge die Kredite gegenüber EU-Staaten vorrangig betrafen – mit dem Vereinigten Königreich an erster Stelle, gefolgt von Italien, Deutschland und Frankreich – wogegen die Forderungen gegenüber EU-Beitrittsländern deutlich ausgeweitet wurden.

Titrierte Kredite

Ebenso reduzierte sich auch das Volumen der verbrieften Kredite um € 1,89 Mrd. oder 8,8%, jedoch geringer als im Jahr zuvor (-12,3%). Hauptverantwortlich war mit einem Minus von 13,4% dabei die Position „Andere Schuldtitel öffentlicher Stellen“, die zur Refinanzierung bei den Zentralnotenbanken zugelassen sind.

Zinssätze

Der Durchschnittzinssatz für Kommerzkredite lag am Jahresende bei 5,61%. Bei Hypothekendarlehen zahlte man im Schnitt 5,31%.

Eigenmittel

Die Eigenmittel der in Österreich tätigen Kreditinstitute nahmen im Berichtsjahr um € 0,43 Mrd. geringfügig ab. Somit betrug der Stand an Eigenmitteln zum Jahresende € 41,5 Mrd. Das Verhältnis der Eigenmittel zur Bilanzsumme verbesserte sich dennoch auf 7,2%. Diese Entwicklung verdeckt allerdings den Rückgang der Eigenmittel im Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva auf 14,1%. Die Kernkapitalquote verringerte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 9,1%.

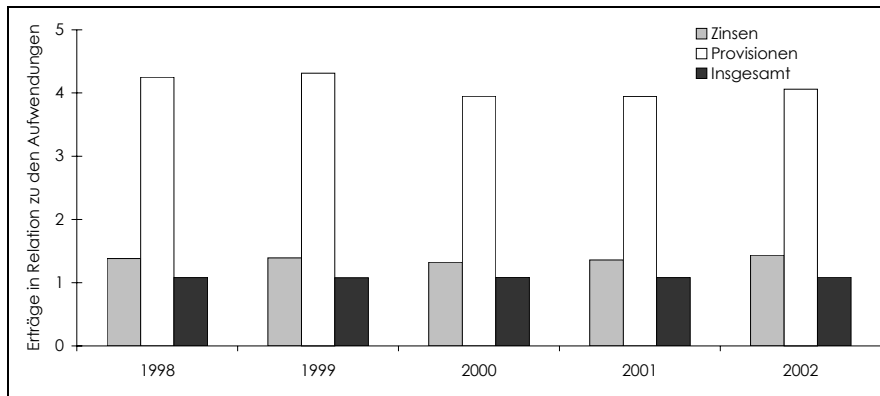
Ertragslage

Die Ertragslage der Banken verschlechterte sich angesichts des harten Umfelds. Die Betriebserträge schrumpften im Vorjahresvergleich um 2,4% auf € 13,7 Mrd.; der Grund dafür ist vor allem in den geringeren Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen und den sonstigen Erträgen zu finden. Der Nettozinsenertrag blieb hingegen annähernd unverändert, weil die Kreditinstitute die Zinsspanne zwischen Ausleihungen und Einlagen anheben konnten. Das hatte eine Steigerung des Nettozinsenertrags an den gesamten Betriebserträgen zur Folge.

Im Gegensatz dazu brach das Provisionsgeschäft nach der Euro-Einführung aufgrund des deutlichen Rückgangs im Valutenumtauschgeschäft ein. Die anhaltend rückläufigen Aktienkurse bewirkten eine weitere Abnahme der Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft um € 0,14 Mrd. Günstiger entwickelten sich die Provisionserträge aus dem Kreditgeschäft, dem Zahlungsverkehr sowie dem Dienstleistungsgeschäft, sodaß diese Geschäftsfelder zu einem höheren Anteil bei den gesamten Betriebserträgen beitrugen.

Der Personalaufwand wuchs gegenüber dem Vorjahr um 2,1% auf etwa € 4,78 Mrd. Ein Anstieg war auch bei Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen zu verzeichnen.

Ertrags- und Aufwandsrelationen im Kredit- und Provisionsgeschäft



Quelle: OeNB

Insgesamt sank das Betriebsergebnis der gesamten Kreditbranche auf € 4,2 Mrd., was einem Rückgang von 7,88% entspricht. Die Eigenkapitalrentabilität verringerte sich auf 5,4% gegenüber dem Vorjahr mit 9,8%.

Aktienmarkt – Wiener Börse AG 2002

Angesichts des düsteren Börseumfelds auf Grund einer Vielzahl an Konkursen großer Konzerne, unlauteren Bilanzpraktiken, wie im Fall WorldCom und Gewinnrevidierungen waren massive Verkäufe von Aktien und Umschichtungen in Anleihen- und Geldmarktfonds zu beobachten.

Somit mußte auch die Wiener Börse Umsatzeinbußen in der Höhe von rund 15% auf € 15,7 Mio. hinnehmen. Der Kassa- und Terminmarkt waren dabei am stärksten betroffen. Die Marktkapitalisierung betrug zum Jahresende € 32,2 Mrd. und konnte beträchtlich gesteigert werden. Die durchschnittlichen Xetra-Tagesumsätze betragen € 53,37 Mio. Die Aktie der Erste Bank war dabei der mit Abstand umsatzstärkste Titel. Die Rentenwerte erzielten zuletzt eine Durchschnittsrendite von 3,575% zu einem Kurs von 106,30 – im Jänner lagen die Renditen noch bei 4,645% zu einem Kurs von 101,57.

Der ATX schloß Ultimo mit 1.150,05 Punkten, wobei sein Jahreshoch bei 1.357,16 Punkten und das Jahrestief bei 1.003,72 Punkten lag. Die Börse konnte sich damit im europäischen Vergleich gut behaupten; verlor doch Frankfurt beispielsweise 44%, London 24% und Paris 34%. Der WBI lag mit 479,21 leicht über dem Ultimo des Jahres 2001.

Mit Jahresbeginn erfolgte auch eine neue Marktsegmentierung. Im Prime Market sind derzeit 39 der umsatzstärksten Titel der Wiener Börse gelistet. Dieses Segment fordert höhere Transparenz- und Publizitätskriterien als im Börsegesetz vorgesehen.

Die Börse setzte mit der Privatanleger- und der IR-Kampagne neue Akzente. Weiters wurde eine Initiative zur Entwicklung eines Vorsorgeproduktes gestartet. Trotz der ungünstigen Lage konnten zwei Neuemissionen im geregelten Markt notieren. Erfreulicher entwickelten sich hingegen die Kapitalerhöhungen mit einem Plus von mehr als € 1,18 Mrd. Auch bei den Unternehmensanleihen konnte eine Ausweitung auf ein Volumen von insgesamt € 1,4 Mrd. erzielt werden.

Während die NEWEX erfolglos blieb und die NEWEX Kapitalmarktberatungs- GmbH mit August ihren Börsenbetrieb in Wien eingestellt hat, wurden im Bereich Consulting und der Unterfertigung einer Absichtserklärung für eine Kooperation mit der Moskauer Börse neue Impulse gesetzt. Die NEWEX - als gemeinsame Tochter von Deutscher Börse und Wiener Börse AG - ist als Lizenzgeber für den Markt in zentral- und osteuropäische Wertpapiere in Frankfurt weiterhin tätig.

2002 wurden insgesamt 1,327.084 Kontrakte gehandelt, deutlich weniger als im Jahr zuvor. Davon entfielen 168.300 auf Index-, 1,090.225 auf Aktien- und 68.559 auf CECE-Kontrakte.

Rentenmarkt

Zurückhaltend zeigte sich der Bund als größter Emittent am Rentenmarkt – sein Emissionsvolumen ging im Berichtsjahr von € 14,8 Mrd. um 6,3% auf € 13,9 Mrd. zurück. Das bedeutet nicht unbedingt, daß dadurch die Neuverschuldung geringer geworden wäre, sondern es gab lediglich eine teilweise Verlagerung bei der Mittelaufbringung in Form von Bundesschatzscheinen, die via Internet bezogen werden können. Das Begebungsnominale lautet derzeit auf € 500 Mio.

Der österreichische Rentenmarkt ist zwar beträchtlich kleiner als jener für österreichische Direktkredite, übertrifft jedoch volumenmäßig den österreichischen Aktienmarkt bei weitem. Er zählt hinsichtlich seiner absoluten Größe zu den kleineren europäischen Märkten. Mit einem ausstehenden Umlaufvolumen von € 178,9 Mrd. zu Ende 2002 legte er um 5,5% zu, erreichte aber weniger als 1% des gesamten weltweiten Umlaufvolumens. Zieht man das Bruttoinlandsprodukt als Maßgröße heran, belegt der österreichische Rentenmarkt hingegen einen Platz im Mittelfeld (rund 80% des BIP).

KAPITALMARKT

	2001	2002	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
A) Brutto-Emissionen des Rentenmarkts im Jahr 2002				
Bund	14.793	13.862	-931	-6,3
Sonstige Öffentliche Stellen	54	56	2	4,5
Sonstige inländische Nichtbanken	956	1.102	146	15,3
Summe inländische Nichtbanken	15.803	15.020	-783	-5,0
Ausländ. Emittenten	2	583	581	29.065,0
Summe Emissionen von Nichtbanken	15.805	15.604	-202	-1,3
Emissionen von Kreditinstituten				
Hypotheken- und Öffentliche Pfandbriefe	409	1.049	640	156,6
Anleihen und andere Bankschuldverschreibungen	13.409	17.355	3.946	29,4
Summe Emissionen von Kreditinstituten	13.817	18.404	4.586	33,2
Summe Emissionen insgesamt	29.623	34.007	4.385	14,8
B) Umlauf zum 31.12.2002				
Bund	98.392	103.084	4.692	4,8
Sonstige Öffentliche Stellen	1.216	1.390	174	14,3
Sonstige inländische Nichtbanken	3.388	3.826	438	12,9
Summe inländische Nichtbanken	102.996	108.299	5.303	5,1
Ausländ. Emittenten	894	889	-5	-0,5
Summe Emissionen von Nichtbanken	103.890	109.189	5.299	5,1
Emissionen von Kreditinstituten				
Hypotheken- und Öffentliche Pfandbriefe	10.565	9.891	-674	-6,4
Anleihen und andere Bankschuldverschreibungen	55.155	59.839	4.684	8,5
Summe Emissionen von Kreditinstituten	65.720	69.730	4.010	6,1
Summe Emissionen insgesamt	169.610	178.919	9.309	5,5

Quelle: OeNB

Investmentfonds

Per Dezember 2002 verwalteten 22 österreichische Kapitalanlagegesellschaften mit 1.837 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand (verwaltetes Volumen) von € 102,7 Mrd.

Die Zunahme des Vermögensbestands entstand insbesondere in den Spezialfonds. Sie verwalten das Kapital institutioneller Anleger. In den Publikumsfonds war eine deutliche Umschichtung von Aktienfonds und gemischten Fonds hin zu Geldmarkt- und Rentenfonds zu beobachten. Ein weiteres Zeichen für die hohe Unsicherheit der Anleger ist der verstärkte Rückzug aus Fremdwährungstiteln in Euro-Werte.

Das netto in Investmentfonds investierte Kapital (veranlagtes Volumen unter Ausklammerung der Fonds in Fonds-Veranlagungen) erhöhte sich im 4. Quartal um € +1,17 Mrd. bzw. +1,3 % und betrug per Ende Dezember 2002 € 90,1 Mrd. Dieser Anstieg im 4. Quartal resultierte aus Kurswertgewinnen im Ausmaß von € +1,40 Mrd., abzüglich Ausschüttungen von € -1,76 Mrd. und einem Mittelzufluß von € +1,53 Mrd.

Insgesamt ergab sich von Dezember 2001 bis Dezember 2002 ein Anstieg des veranlagten Volumens von € +3,26 Mrd. bzw. +3,76%. Diese Zunahme ergab sich aus Neuinvestitionen von € +10,64 Mrd. abzüglich Kurswertverlusten von € -4,28 Mrd. und Ausschüttungen von € -3,10 Mrd.

Von Dezember 2001 bis Ende Dezember 2002 errechnete sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischen Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von -4,5%.

Der Vermögensbestand der österreichischen Investmentfonds Ende Dezember 2002 betrug € 102,7 Mrd. Im Berichtsjahr konnte eine Zunahme des Vermögensbestandes um € 3,98 Mrd. bzw. 4,03% verzeichnet werden. Diese Zunahme wurde zur Gänze in der Kategorie Spezialfonds (€ +4,10 Mrd. bzw. +14,35%) durch neu aufgelegte Fonds getragen. Bei den Publikumsfonds zeigte sich von Dezember 2001 bis Dezember 2002 hingegen eine Abnahme des Vermögensbestandes um € -0,13 Mrd. (-0,18%).

Der Vermögensbestand an inländischen Investmentzertifikaten zeigte im vierten Quartal einen leichten Anstieg um € +1,33 Mrd. bzw. +1,32% nach Abnahmen durch die starken Kurseinbrüche an den internationalen Aktienmärkten im zweiten und im dritten Quartal.

Ende Dezember 2002 wurde für Publikumsfonds ein Volumen von € 70 Mrd. und für Fonds, die für institutionelle Investoren aufgelegt wurden (Spezialfonds), ein Volumen von € 32,71 Mrd. verwaltet.

Das von Privaten und institutionellen Investoren in inländischen Investmentfonds veranlagte Kapital belief sich per Ende Dezember 2002 auf € 90,1 Mrd.

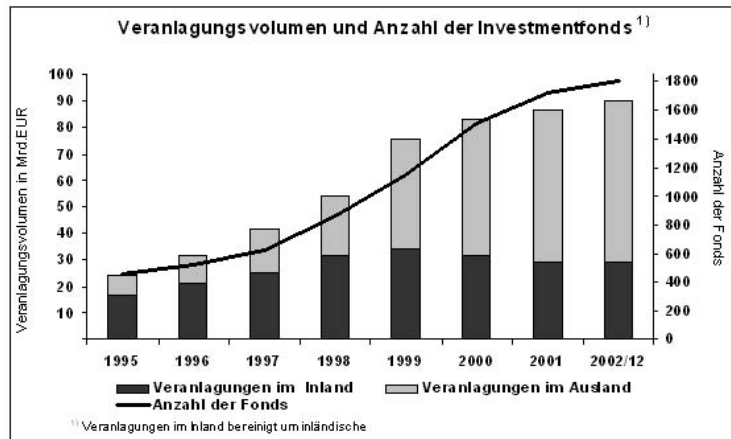
Bedingt durch die noch stärkeren Nettomittelzuflüsse im ersten und zweiten Quartal, ergab sich von Dezember 2001 bis Dezember 2002 insgesamt ein Anstieg des veranlagten Volumens von € 3,26 Mrd. bzw. 3,76% (Neuinvestitionen von € +10,64 Mrd., abzüglich Kursverluste von € -4,28 Mrd., abzüglich Ausschüttungen von € -3,10 Mrd.).

Bemerkenswert war, daß trotz nachgebender Aktienmärkte und unsicherer Konjunktorentwicklung von Dezember 2001 bis Dezember 2002 von Privaten und institutionellen Investoren ein Volumen von € 10,64 Mrd. neu in Investmentzertifikaten veranlagt wurde. Damit wurde das Gesamtinvestitionsvolumen von 2001 im Jahr 2002 um € 3,73 Mrd. übertroffen. Auf Publikumsfonds entfiel dabei ein Volumen von € 5,66 Mrd. (+8,1%) und auf institutionelle Investoren ein Betrag von € 4,98 Mrd. (+17,5%).

Der Vergleich mit der Entwicklung der Primäreinlagen (siehe Grafik 2) spiegelt die dynamischere Entwicklung bei den Veranlagungen in Investmentfonds wider. Wenn auch die Summe aus Sicht-, Termin- und Spareinlagen bei Kreditinstituten im vierten Quartal durch die Zuzählung der Zinsen eine verhältnismäßig hohe Zunahme von 2,14% zeigte (ohne Anrechnung der Zinsen Anstieg von +0,71%), stand bei Betrachtung des gesamten Jahres 2002 eine Einlagenzunahme bei Kreditinstituten von € 2,11 Mrd. bzw. 1,10% dem Nettomittelzufluß in Investmentfonds von € +10,64 Mrd. bzw. +12,25% gegenüber.

Von Dezember 2001 bis Ende Dezember 2002 ergab sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischen Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von -4,5%. Dabei verzeichneten Aktienfonds eine negative Performance von -34,4%, Mischfonds ein Minus von 6,0%. Rentenfonds wiesen einen Kursgewinn von +7,2% auf, und Geldmarktfonds (im Sinne der EZB Verordnung 2001/13) zeigten von Dezember 2001 bis September 2002 eine positive Performance von +4,1%.

Entwicklung der inländischen Investmentfonds Stand: Dezember 2002



Quelle: OeNB-Pressaussendung vom 3. April 2003

Passivgeschäft

Spareinlagen

Die Renaissance des Sparbuchs, die bereits im Vorjahr begann, konnte auch dieses Jahr hauptsächlich auf Grund der schlechten Börseentwicklung fortgesetzt werden. Der Zuwachs belief sich auf knapp € 2,2 Mrd. oder 1,75% von € 125,4 Mrd. auf € 127,6 Mrd. Vor allem auf ein Jahr gebundene Spareinlagen konnten deutlich zulegen (+8%).

Bei den Termineinlagen war hingegen ein leichter Rückgang von € 22,6 Mrd. auf € 19,3 Mrd. zu verzeichnen (-13%).

Die kapitalisierten Spareinlagenzinsen beliefen sich auf € 3,12 Mrd. Mehr als 96% aller Sparbücher lauteten dabei auf Beträge unter € 20.000,-. Lediglich 152 Sparbücher wiesen einen Saldo größer als € 3 Mio. auf, 921 Sparbücher hatten Einlagenstände zwischen € 1 - 3 Mio.

Zinssätze

Für Spareinlagen konnten im Durchschnitt lediglich 0,43% bei täglich fälligen Geldern erzielt werden. Der Vorjahreswert lag bei 0,64%. Bei einjährig gebundenen Einlagen lag der Satz bei 2,48% gegenüber 2,88% im Jahr zuvor. Einlagen über € 100.000,- konnten jedoch höhere Verzinsungen lukrieren, im Schnitt waren es 3,01%.

BWG UND BANKRECHT

BWG-Novelle

Im Zusammenhang mit dem verstärkten Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung nach dem 11. September 2001 sowie den dazu ergangenen Sonderempfehlungen der FATF wurde vom BMF im Frühjahr 2002 ein umfassender Novellierungsvorschlag vorgelegt. Die österreichische Kreditwirtschaft hat selbstverständlich die Bemühungen zur Verhinderung des Mißbrauchs des Finanzsystems immer unterstützt und große Anstrengungen in diesem Bereich unternommen. Vor diesem Hintergrund wurde in der Stellungnahme kritisiert, daß der Entwurf auch in Bereichen, die mit der Terrorismusbekämpfung in keinem Zusammenhang stehen, wesentliche Verschärfungen bei den Identifikationspflichten vorsieht. Dies betrifft insbesondere die Verpflichtung zur Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises sowie die Identifikation Minderjähriger.

Die im Zahlungsverkehr vorgesehene Feststellung und Weiterleitung der Auftraggeberdaten ist nur mit hohem Aufwand umzusetzen. In diesem Bereich wurde von der Kreditwirtschaft gefordert, noch nicht vorliegende europäische Standards abzuwarten. Aus diesem Grund wurde die Umsetzung der FATF-Sonderempfehlung über die Auftraggeberinformation im Überweisungsverkehr vorläufig aufgeschoben, bis EU-einheitliche Standards vorliegen.

Nachdem eine Verabschiedung im Herbst 2002 nicht mehr zustande kam, wurde die Novelle mit einigen Abänderungen im April 2003 beschlossen.

Pfandbriefgesetz

In zahlreichen europäischen Ländern war in den letzten Jahren eine Überarbeitung bzw. die Schaffung von neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Pfandbrief zu beobachten. Hinter vielen dieser Gesetzesinitiativen steht das Bemühen, die Anforderungen von Ratingagenturen für ein bestmögliches Rating zu erfüllen. Zu diesen Anforderungen zählen insbesondere rechtliche Klarheit für den Fall des Ausfalls des Emittenten sowie Fragen der Bewertung der Deckungsmasse. Im Hinblick auf die voraussichtlich zunehmende Bedeutung von gedeckten Emissionen auch für den Sektor der Hypo-Banken wird der Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken eine entsprechende Initiative zur Novellierung des österreichischen Pfandbriefgesetzes in die Wege leiten.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Initiative zur Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für Asset-Backed-Securities zu erwähnen, die darauf abzielt, rechtliche - insbesondere steuerrechtliche - Hindernisse für derartige Transaktionen zu beseitigen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Seitens des Vereins für Konsumenteninformation wurde gegen eine Vielzahl von Punkten der Neufassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen eine Verbandsklage eingebracht. In einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wurden einige der eingeklagten Punkte für unzulässig erklärt. Infolgedessen erfolgte im Rahmen der Bundeskreditsparte eine Überarbeitung und Anpassung der AGB an das Erkenntnis des OGH.

Strafrechtsänderungsgesetz

Die geplante Reform der Strafprozeßordnung, mit der vor allem das kriminalpolizeiliche Vorverfahren neu organisiert und auf eine gesicherte rechtliche Grundlage gestellt werden sollte, gelangte nicht mehr in den Nationalrat. Anlässlich der Umsetzung des Protokolls zum Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen konnte bei der notwendig gewordenen Neuregelung von Auskunftspflichten eine Regelung erreicht werden, wonach bei der Zulässigkeit gerichtlicher Anordnungen die Verhältnismäßigkeit zum Zweck der Maßnahme gewahrt wird. Die Tatsachen, aus denen sich die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Verpflichtungen des Kreditinstituts ergeben, sind im Beschluß des Gerichts anzugeben.

FMA

Die neu geschaffene Finanzmarktaufsicht (FMA) nahm am 1.4.2002 ihren Betrieb auf. Mit dem FMABG wurde die als öffentlich-rechtliche Anstalt eingerichtete FMA verfassungsrechtlich abgesichert und eine weisungsfreie und unabhängige Allfinanzaufsicht (Banken-, Versicherungs-, Wertpapier- und Pensionskassenaufsicht) geschaffen. Die FMA kann innerhalb ihres Tätigkeitsbereichs Verordnungen erlassen und hat Strafkompetenz.

Aus Sicht der Kreditwirtschaft ist die Schaffung einer internationalen Standards entsprechenden Finanzmarktaufsicht zu begrüßen. Nachdem ein Großteil der Kosten von den beaufsichtigten Instituten zu bezahlen ist, wurde eine klare Aufgabentrennung zwischen FMA, OeNB und BMF gefordert. Zur Kostenkontrolle wurden auch Vertreter der Kreditwirtschaft in den Aufsichtsrat kooptiert.

Schlichtungsstelle

Zur Beilegung von Beschwerdefällen, u.a. im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Überweisungen, Geschäften mit elektronischen Zahlungskarten und dem Fernabsatz von Finanzdienstleistungen, wurde den Vorgaben der EU-Kommission entsprechend eine gemeinsame Schlichtungsstelle der österreichischen Kreditwirtschaft mit einem unabhängigen und weisungsfreien Ombudsmann eingerichtet. Als Ombudsmann wurde MR iR Mag. Herbert Beisteiner bestellt.

Daneben werden die bereits bestehenden sektoralen Streitschlichtungseinrichtungen sowie die in der Praxis eine wichtige Rolle spielenden institutsinternen Ombudsstellen weiter bestehen bleiben.

Insolvenzen

Die Insolvenzstatistik für das Jahr 2002 zeigt einen relativ leichten Anstieg der Gesamtinsolvenzen um 2% auf 5.281 Verfahren, dem ein Rückgang der Insolvenzverbindlichkeiten von € 3,5 Mrd. im Vorjahr auf € 3,4 Mrd. gegenübersteht. Im einzelnen ging die Zahl der eröffneten Verfahren um 2,6% auf 2.864 Verfahren (davon nur 73 Ausgleichsverfahren) zurück, die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge stiegen um 7,9% auf 2.417 Fälle. Eine angesichts der schwierigen Wirtschaftslage zu befürchtende Verschlechterung der Insolvenzsituation konnte damit für Österreich vermieden werden.

Erwartungsgemäß ist es dagegen wieder zu einem Anstieg der Privatkonkurse um 6,9% auf 3.234 Verfahren gekommen, 532 Anträge wurden mangels Masse abgewiesen (-7,3%). Wegen des geringeren Anteils an ehemaligen Unternehmern kam es zu einem Rückgang der Verbindlichkeiten um 5,3% auf € 464 Mio.

Bei der geplanten Reform des Eigenkapitalersatzrechtes, die gegenüber der bestehenden Judikatur größere Rechtssicherheit bieten soll, liegt seit Mitte 2002 eine Regierungsvorlage vor, eine parlamentarische Beschlußfassung ist bisher nicht erfolgt.

INTERNATIONALE ENTWICKLUNGEN

Basler und Brüsseler Eigenmittel-Konsultationspapiere

Anfang Mai 2003 wurde vom Basler Ausschuß für Bankenaufsicht ein weiteres abschließendes Konsultationspapier mit einer Stellungnahmefrist bis Juli 2003 publiziert. Die Endfassung der neuen Eigenmittelvorschriften soll im Oktober 2003 veröffentlicht werden und im Jahr 2006 in Kraft treten. Zur weiteren Vorbereitung wurde im Jahr 2002 die dritte Auswirkungsstudie (QIS 3) durchgeführt. Die EU-Kommission, die weiterhin eine zeitgleiche Anpassung der EU-Eigenkapitalvorschriften plant, hat einen ersten Richtlinienentwurf vorgelegt.

Das seit dem ersten Konsultationspapier 1999 laufende Verfahren hat zunächst als wichtigste Änderung zur Anerkennung des internen Ratings geführt. In weiterer Folge wurden wichtige Verbesserungen für den Mittelstand erreicht: Kredite an kleine und mittlere Unternehmen bis zu € 1 Mio. können als Retail-Kredite behandelt werden, wodurch geringere Eigenkapitalanforderungen gelten. Als weitere Verbesserungen sind der Wegfall der Benachteiligung von längerfristigen Krediten, die großzügigere Anerkennung von banküblichen Sicherheiten sowie Änderungen bei der Unterlegung des operationalen Risikos zu erwähnen. Weiters wurde im modifizierten Standardansatz das Risikogewicht für Wohnungskredite von 50% auf 40% abgesenkt und im einfachen internen Rating-Ansatz die LGD (loss given default) in einigen Bereichen abgesenkt.

Im Rahmen der dritten Auswirkungsstudie sowie des EU-Richtlinienentwurfes wurde erneut die Forderung vertreten, daß die neuen Eigenkapitalvorschriften insgesamt zu keiner höheren Eigenkapitalverpflichtung bei den betroffenen Kreditinstituten führen darf. Hinsichtlich des partial use besteht die Forderung nach weitgehenden Möglichkeiten, die verschiedenen Ansätze auch dauerhaft partiell auf unterschiedliche Geschäftsbereiche anwenden zu können. Weitere Unklarheiten bestehen bei der Unterlegung von Pfandbriefen und den Offenlegungsanforderungen, wo zwischen aufsichtsrelevanten Daten und sinnvollerweise zu veröffentlichenden Daten zu unterscheiden sein wird.

EU-THEMEN

Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie

Die Europäische Kommission hat am 11.9.2002 einen RL-Vorschlag für eine Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie vorgelegt. Diesem liegt die Zielsetzung zugrunde, den Verbraucherschutz in der EU zu erhöhen und die Problematik der Verschuldung von Verbrauchern einer Lösung zuzuführen.

Die Vorschläge der Kommission sehen eine Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Sicherungsverträge vor.

Dieses Ziel kann allerdings mit den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Regelungen nicht erreicht werden, da der Vorschlag in großen Teilen praxisfremd und unausgewogen ist. Der Verbraucherkredit würde einer Vielzahl neuer Formalismen unterworfen, die ein unnötiges Maß an Bürokratisierung und erhöhtem Bearbeitungsaufwand verursachen. Für den Verbraucher wäre eine Einschränkung der Kreditvergabe und eine wesentliche Verteuerung der Kredite die Folge. Wichtig ist Verbraucherinformation, aber auf Basis der erhaltenen Informationen muß der Verbraucher eine eigenverantwortliche Entscheidung über die Kreditaufnahme treffen.

Bei der Regelung der Kreditvergabe geht der Vorschlag vom Prinzip der Eigenverantwortung des Verbrauchers ab und zielt darauf hin, den Verbraucher vor sich selbst zu schützen. Damit sollen die wirtschaftlichen Konsequenzen des Handelns des Verbrauchers auf das Kreditinstitut abgewälzt werden.

Die Hypos bekennen sich als kundennahe Regionalbanken zu einer umfassenden Information der Verbraucher, allerdings müssen Verbraucher auf Basis der erhaltenen Informationen eine eigenverantwortliche Entscheidung über die Kreditaufnahme treffen können.

Fernabsatz von Finanzdienstleistungen

Die im Oktober 2002 in Kraft getretene Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen wird bis Oktober 2004 in nationales Recht umzusetzen sein. Ziel der Richtlinie ist die Angleichung der Vorschriften der EU-Mitgliedstaaten im Bereich des Fernverkaufs von Finanzdienstleistungen. Dabei ergänzt die Richtlinie die allgemeine Fernabsatzrichtlinie sowie die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr. Die Richtlinie sieht umfangreiche vorvertragliche Informationspflichten im Bezug auf den Anbieter, die Finanzdienstleistung, den Vertrag sowie über Rechtsbehelfe vor. Auf besondere Kritik der Kreditwirtschaft ist das Verbrauchern eingeräumte 14-tägige Widerrufsrecht bei im Wege des Fernabsatzes abgeschlossenen Verträgen gestoßen. Dieses Widerrufsrecht kann von den einzelnen Mitgliedstaaten bei überwiegend wohnungswirtschaftlichen Krediten sowie bei Krediten, die durch ein Grundpfandrecht besichert sind, ausgeschlossen werden.

Aktionsplan Finanzdienstleistungen

Im November 2002 wurde von der Kommission ein weiterer Fortschrittsbericht zum Aktionsplan Finanzdienstleistungen, mit dem Verbesserungen im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen angestrebt werden, vorgelegt. Nach der Umsetzung einer Reihe von Vorhaben befindet er sich im Zeitplan. Zu den Arbeitsschwerpunkten der Kommission für 2003 zählen die Börsenprospekt- sowie die Pensionsfondsrichtlinie.

Richtlinie über Versicherungsvermittlung

Mit der im September 2002 verabschiedeten Richtlinie soll sichergestellt werden, daß Versicherungsvermittler bestimmte berufliche Mindestanforderungen erfüllen. In einem Mitgliedstaat bei der zuständigen Behörde eingetragene Vermittler können auch in anderen Mitgliedstaaten tätig werden. Obwohl sie ohnedies besonderen Aufsichtsvorschriften unterliegen, fallen auch Kreditinstitute in den Anwendungsbereich der Richtlinie.

Ausweitung des Lamfalussy-Konzepts auf die Kreditwirtschaft

Das Lamfalussy-Verfahren für die Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens im Wertpapierbereich soll auf weitere Bereiche der Kreditwirtschaft ausgedehnt werden. Das Lamfalussy-Verfahren sieht vor, daß sich der Ministerrat und das Europäische Parlament als EU-Gesetzgeber lediglich auf die Erlassung der Rahmengesetzgebung beschränken. Auf Basis dieser Rahmenrichtlinien werden dann von der Kommission Durchführungsregelungen und anderes Sekundärrecht erarbeitet.

Maßnahmen zur Beschleunigung des Rechtsetzungsverfahrens sind grundsätzlich zu begrüßen. Gleichzeitig ist aber dabei eine ausreichende Konsultation der Marktteilnehmer und eine Einbeziehung der Notenbanken und des Europäischen Parlaments sicherzustellen. Nur so können Erfahrungen aus der Praxis in den Gesetzgebungsprozeß einfließen und die Akzeptanz der Regelungen sichergestellt werden.

STEUERN

EU-Richtlinie zur Besteuerung von Zinserträgen

In den Verhandlungen über den Richtlinienentwurf zur Gewährleistung einer effektiven Besteuerung von Zinserträgen innerhalb der Gemeinschaft wurde im Jänner 2003 eine politische Einigung erzielt, formell wurde die Richtlinie nach wie vor nicht verabschiedet. Im Frühjahr 2003 wurde ein neuer Richtlinienentwurf vorgelegt, wonach die neuen Bestimmungen erst ein Jahr später als geplant, somit ab 1.1.2005 zur Anwendung kommen sollen.

Grundsätzlich sieht die Richtlinie den automatischen Austausch von bestimmten Informationen über Zinszahlungen zwischen den Mitgliedstaaten vor. Belgien, Luxemburg und Österreich werden eine Quellensteuer einheben, die ab 2004 15%, ab 2007 20% und ab 2010 35% betragen soll und deren Einnahmen zu 75% an das Sitzland weitergeleitet werden. Als Alternative zur Quellensteuer kann der Anleger einem freiwilligen Informationsaustausch zustimmen und sich in seinem Sitzland besteuern lassen.

Die neuen Vorschriften kommen ab dem 1.1.2005 nur dann zur Anwendung, wenn der EU-Rat zuvor einen einstimmigen Beschluß faßt, daß die noch abzuschließenden Abkommen mit den Drittstaaten Schweiz, Liechtenstein, San Marino, Monaco und Andorra gleichwertige Maßnahmen vorsehen und auch vergleichbare Abkommen mit den abhängigen oder assoziierten Gebieten bestehen.

Der Übergang zu einem automatischen Informationsaustausch könnte erst dann erfolgen, wenn auch die Schweiz, Liechtenstein, San Marino, Monaco, Andorra und die USA einem automatischen Informationsaustausch zustimmen und ein einstimmiger Ecofin-Beschluß vorliegt, der die von diesen Staaten durchgeführten Maßnahmen als gleichwertig anerkennt.

Mit der vorliegenden Lösung konnte eine Durchbrechung des österreichischen Bankgeheimnisses und die Einführung eines automatischen Meldesystems verhindert werden.

Weitere Steuern

Der begründeten Forderung der Kreditwirtschaft nach Abschaffung der in der EU einzigartigen Kreditvertragsgebühr wurde bedauerlicherweise bisher nicht nachgekommen. Diese Gebühr in der Höhe von 0,8 bzw. 1,5 Prozent vom Kreditbetrag wirkt investitionshemmend und wettbewerbsverzerrend. Sie benachteiligt vor allem Klein- und Mittelbetriebe, die bei ihrer Finanzierung weitgehend auf Bankkredite angewiesen sind.

Eine weitere Belastung stellen die im Vergleich zu Deutschland mit 1,2% zu hohen Grundbucheintragungsgebühren dar. Die Höhe dieser Gebühr führt dazu, daß in vielen Fällen auf eine Eintragung im Grundbuch verzichtet werden muß.

DIE HYPOS IM JAHR 2002

Die Europäische Kommission, Generaldirektion Wettbewerb, hat mit Schreiben vom 2.4.2002 ein beihilferechtliches Verfahren im Zusammenhang mit den bestehenden Ausfallhaftungen von Gebietskörperschaften für Landes-Hypothekenbanken und Sparkassen eingeleitet, wobei unter Bezugnahme auf die Verständigung mit der Bundesrepublik Deutschland die Auffassung vertreten wird, daß die bestehenden österreichischen Regelungen mit jenen in der BRD vergleichbar seien und daher als unzulässige Beihilfe zu betrachten wären.

In der Folge wurde unter der Koordination des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen unter Einbindung der Länder, des Hypo- und Sparkassenverbandes eine Stellungnahme erarbeitet, in welcher die wesentlichen Unterschiede zwischen der deutschen Situation und den österreichischen Spezifika im Detail ausführlich dargestellt wurden. Insbesondere wurde auf die deutlichen Unterschiede in der Rechtsform und den Größenverhältnissen der betroffenen Banken sowie die gravierenden Unterschiede der Rechtsinstitute Gewährträgerhaftung/Anstaltslast zur österreichischen Ausfallsbürgschaft und die bestehenden Haftungsprovisionsregelungen umfassend hingewiesen. Nach einem Gespräch mit der zuständigen Fachabteilung in Brüssel wurde die Stellungnahme Mitte November 2002 nochmals ergänzt, wobei die Verhandlungsführer durch einen einstimmigen Beschluß der Landeshauptleutekonferenz aufgefordert wurden, der Andersartigkeit durch das Aushandeln von längeren Übergangsfristen (2009 und 2019) Rechnung zu tragen.

In einem weiteren Gespräch mit der zuständigen Fachabteilung der Europäischen Kommission war jedoch deutlich erkennbar, daß die EU-Kommission aus „übergeordneten Gründen“ – zeitgleich wurde auch ein Beihilfeverfahren gegen eine bedeutende französische Sparkasse geführt – nicht gewillt ist, im österreichischen Fall andere Übergangsfristen als in der BRD zu gewähren.

Bundesminister Mag. Grasser nahm am 1. April 2003 den modifizierten Vorschlag der Kommission für zweckdienliche Maßnahmen an, wobei diese Verständigung für die Landes-Hypothekenbanken bedeutet, daß Verbindlichkeiten, die am 2. April 2003 bestehen, unabhängig von ihrer Laufzeit von der Ausfallhaftung gedeckt sind. Verbindlichkeiten, die innerhalb der bis 1. April 2007 vereinbarten Übergangsfristen begründet werden, sind weiterhin von der Ausfallhaftung gedeckt, falls ihre Laufzeit nicht über den 30.9.2017 hinausgeht.

Wenngleich die Nichtberücksichtigung der signifikanten Rechtsunterschiede mit Wehmut zu betrachten ist, können die Hypos aufgrund ihrer Verankerung als kundennahe regionale Universalbanken auch mit diesen Übergangsfristen gut leben und werden ihre Stärken in den nächsten Jahren konsequent ausbauen.

Als bedeutender Langfristfinanzierer hat der Sektor auch die Intentionen des Basler Ausschusses, im Rahmen des neuen Eigenmittelakkordes langfristige Finanzierungen mit erhöhten Eigenmittelunterlegungen zu pönalisieren, mit Sorge betrachtet. Im Rahmen eines politischen Kompromisses, wobei die österreichische Position durch den Druck der deutschen Verhandlungsdelegation verstärkt wurde, konnte erreicht werden, daß im Basisansatz des internen Ratings Laufzeitzuschläge nur dann Anwendung finden, wenn die nationale Aufsichtsbehörde ausdrücklich dafür optiert. Da die deutsche Aufsicht bereits signalisiert hat, sich gegen die Berücksichtigung der Laufzeit auszusprechen, ist dieselbe Vorgangsweise von der österreichischen Aufsicht zu erwarten. Aus unserer Sicht sehr bedeutsam ist auch, daß der Risikoarmut der privaten Wohnbaukredite durch eine signifikante Absenkung der Eigenkapitalunterlegung Rechnung getragen wird.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Trotz der flauen konjunkturellen Entwicklung hat sich der Hypo-Sektor 2002 positiv entwickelt. Die konsequent vorgenommene Positionierung der Hypos als kunden- und serviceorientierte regionale Universalbanken hat es ermöglicht, auch in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld Zugewinne zu erzielen.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank AG hat sich in den letzten zehn Jahren zu einem internationalen Finanzkonzern mit rd. 200 Standorten in Österreich, Italien, Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina entwickelt, wobei im Jahr 2002 noch die Republik Srpska, Serbien, Montenegro und Liechtenstein hinzukamen. Der Konzern betreut rd. 500.000 Kunden und beschäftigt mehr als 2.900 Mitarbeiter. Die Bilanzsumme konnte im Berichtsjahr um 29% auf € 9,8 Mrd. und die Betriebserträge um 47% auf € 366 Mio. gesteigert werden. Die erfolgreiche Unternehmensstrategie wurde auch durch das Upgrading der Rating-Agentur Moody's auf Aa2 im September 2002 bestätigt. Für das Jahr 2003 ist eine verstärkte Bearbeitung des österreichischen Marktes geplant, wobei die Österreich-Agenden in einem eigenen Geschäftsfeld gebündelt und 2004 in eine Tochterbank ausgegliedert werden.

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, die neben einem AAA Rating von Standard & Poor's auch von Moody's mit Aaa geratet wurde, konnte 2002 die Bilanzsumme um 10,2% ausweiten, wobei dies in erster Linie auf ein starkes Kreditwachstum zurückzuführen ist. Ähnlich stark wuchs das Spareinlagenvolumen, das um 10,6% gesteigert werden konnte. Die Zweigstelle in St. Gallen in der Ost-Schweiz hat sich sowohl als Finanzierungs- und Veranlagungspartner mit einem Bilanzsummenanteil von 316,5 Mio. CHF voll etabliert, und trotz der schwierigen Rahmenbedingungen gelang es der Hypo Investment Bank (Liechtenstein) Aktiengesellschaft, das betreute Kundenvermögen um 27% und die Bilanzsumme um 67% zu erhöhen. Im Februar 2002 wurde eine Filiale in Graz eröffnet, deren Schwerpunkt im Veranlagungsgeschäft sowie in der Vermögensverwaltung und selektiv im Kreditgeschäft liegt. Auch die Hypo Vorarlberg ist in den benachbarten Märkten Süd-Deutschland, Nord-Italien, Ost-Schweiz und Liechtenstein seit Jahren mit Standorten bzw. Töchtern aktiv.

Aufgrund der guten Positionierung in ihren Zielmärkten plant die Hypo Vorarlberg für 2003 ein Kreditwachstum, das mit einem Zuwachs von 5% über dem Wachstum der Bilanzsumme liegen soll.

Die HYPO TIROL BANK AG betreut nach konsequenter fünfjähriger Umsetzung ihrer Unternehmensstrategie HYPO NOVA mittlerweile 80.000 Kunden, davon mehr als 11.000 in Italien und rd. 1.000 in Wien mit mehr als 230.000 Kontobeziehungen. Im Berichtsjahr wurde im Oktober 2002 das Beratungszentrum Brixen eröffnet und der Grundstein für die Eröffnung des Beratungszentrums in Bruneck sowie einer Zweigstelle in Trient gelegt. Gleichzeitig nahm die Hypo Tirol Swiss AG, eine Vermögensverwaltungsgesellschaft mit Sitz in Zürich, erfolgreich ihren Betrieb auf. Die Bilanzsumme konnte um rd. 17% und das EGT um rd. 12,4% erhöht werden. Der wirtschaftliche Erfolg, die Ertragsstärke der Hypo Tirol Bank sowie ihre klare Strategie veranlaßte die Rating-Agentur Standard & Poor's, die Bank von AA+ auf die beste Bonität AAA hochzustufen.

Den scheidenden Vorstandsmitgliedern, Herrn Dr. Josef Prader, Herrn Dr. Siegfried Rainer-Theurl und Herrn Walter Mair sei seitens des Hypo-Verbandes für ihren erfolgreichen Weg herzlich gedankt und den neuen Vorstandsmitgliedern, Herrn Dr. Johann Gruber, Herrn Dr. Günter Unterleitner und Herrn Werner Pfeifer viel Erfolg für die Zukunft gewünscht.

Die ebenfalls AAA geratete Oberösterreichische Landesbank AG setzte ihren Erfolgskurs auch im Jahr 2002 fort. Die offensive Konzentration auf die Kernkompetenzen Großwohnbau, Freie Berufe, Privatkunden, Öffentliche Institutionen sowie Kirche und Soziales hat sich gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bezahlt gemacht. Die Bilanzsumme konnte um rd. 12% auf € 4,69 Mrd. erhöht werden. Das Kredit- und Darlehensvolumen stieg um 5% auf € 3,6 Mrd. und mit einem EGT von rd. € 20 Mio. konnte das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Hypo Oberösterreich erzielt werden. Anfang Februar eröffnete in Rohrbach das erste Hypo-Beratungszentrum, das sich speziell an anspruchsvolle Privat- und Geschäftskunden richtet. Auch im Jahr 2003 sollen die ausgezeichneten Ergebnisse des Jahres 2002 wieder erreicht werden.

Für die Salzburger Landes-Hypothekenbank AG war das Geschäftsjahr 2003 geprägt von der konsequenten Umsetzung der 2001 beschlossenen strategischen Neuausrichtung. Durch ein zukunftsweisendes Modernisierungs- und Investitionsprogramm wurden die Hauptgeschäftsstelle und sechs weitere Filialen in moderne Kundenzentren mit dem Ziel der Vernetzung von Selbstbedienung, Service und Beratung, umgestaltet. Insgesamt konnte die Bilanzsumme um rd. 8,5 % auf € 3.118 Mio. gesteigert werden und die Spareinlagen wuchsen um rd. 4,3% auf € 508,5 Mio. Das Betriebsergebnis konnte mit rd. € 11,5 Mio. auf dem Vorjahresniveau gehalten werden und das EGT konnte mit rd. € 1,3 Mio. verdoppelt werden. Für das Jahr 2003 liegt der Schwerpunkt im risikoorientierten Wachstum, in der Vertiefung der bestehenden Geschäftsbeziehungen sowie in einer Forcierung des Dienstleistungsgeschäftes, wobei eine deutliche Ergebnisverbesserung geplant ist.

Die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG, die sich seit Beginn des Jahres 2002 mit 74,9% mehrheitlich im Eigentum der Raiffeisenlandesbank Steiermark befindet, konnte ihre Bilanzsumme um 8,2% auf rd. € 4 Mrd. steigern, wobei das Kreditvolumen um 9,4% auf insgesamt € 2,8 Mrd. erhöht werden konnte.

Infolge der strategischen Ausrichtung auf eine umfassende Betreuung der gehobenen Privatkunden und der freien Berufe wurden die Filialen Fürstenfeld, Feldbach und Bruck/Mur großzügig umgebaut und eine Außenstelle im LKH Graz West neu eröffnet. Im Berichtsjahr wurde auch die Hypo-Leasing Steiermark in Zagreb gegründet, welche in erster Linie das Mobilienleasing als Geschäftsgegenstand betreibt. Die Hypo Steiermark verfügt über ein AA Rating der Rating-Agentur Standard & Poor's und schloß im Vorjahr ein Debt Issuance Programm von € 2 Mrd. mit der Deutschen Bank AG ab.

Der Konzern der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank AG konnte seine Bilanzsumme um 2,3% auf € 4,8 Mrd. steigern, wobei die Spareinlagen inkl. NÖ Hypo-Sparcard um 13,4% auf € 622,1 Mio. zunahmen. Das EGT liegt mit rd. € 18,9 Mio. um 22,7% über dem Vorjahresergebnis. Die Bilanzsumme der NÖ Hypo-Bank erhöhte sich um 4,9% auf über € 4,6 Mrd.; der Anstieg des EGT betrug 12,1%. In den letzten Jahren hat die Hypo NÖ das Geschäftsstellennetz großzügig erweitert und plant 2003 zwei weitere Geschäftsstellen zu eröffnen, um das gesamte Bundesland Niederösterreich mit einem umfassenden Filialennetz betreuen zu können. Die Hypo NÖ erhielt von der Europäischen Investitionsbank (EIB) ein Globaldarlehen in der Höhe von € 40 Mio., wobei diese Mittel für Investitionen der niederösterreichischen Gemeinden bzw. kleinerer und mittlerer Unternehmen zur Verfügung stehen werden. Darüber hinaus wurde seitens der EIB im Rahmen eines Soforthilfeprogrammes für Hochwassergeschädigte ein zusätzliches Darlehen von € 50 Mio. für den Wiederaufbau bzw. für Präventivmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit der Niederösterreichischen Versicherung wurde eine Mitarbeiter-Vorsorgekasse – die NÖ Vorsorgekasse AG – gegründet, die sich insbesondere an die niederösterreichischen Arbeitnehmer und Betriebe richtet. Seitens der Rating Agentur Standard & Poor's wurde das Rating mit AA+ wieder bestätigt.

Die EB und HYPO – Bank Burgenland AG setzte 2002 die Umstrukturierung der Bank erfolgreich fort. Ablauforganisationen wurden verbessert, neue Regelwerke im Ausleihungsgeschäft eingeführt und Maßnahmen für größere Kundennähe getroffen. Im EDV-Bereich wurde mit der Spardat Sparkassen-Datendienst GmbH ein langfristiger Rechenzentrumsvertrag abgeschlossen. Die Sopron Bank Burgenland AG erhielt die Bankkonzession und wird ihren Bankbetrieb im Einzugsgebiet Sopron, Szombathely und Győr Mitte 2003 aufnehmen. Insgesamt konnte ein Bilanzsummenwachstum von 4,48% erzielt werden, wobei die Forderungen an Kunden um 4,29% auf rd. € 2.115 Mio. erhöht werden konnten. Das Betriebsergebnis konnte von € 7,2 Mio. auf € 9,1 Mio. gesteigert werden und nach Berücksichtigung der Bewertungsergebnisse ergibt sich ein EGT von € 1,3 Mio. Der mit den ehemaligen Wirtschaftsprüfern der Bank geführte Prozeß konnte mit einem namhaften Betrag verglichen werden. Die Bank Burgenland wird ihre Regionalbankstrategie konsequent fortführen, wobei der Schwerpunkt im Vertriebsbereich liegen wird.

STRATEGISCHE PARTNERSCHAFTEN

Zwischen 1991 und 1998 haben alle Hypos den Schritt von der Rechtsform des öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts hin zur Aktiengesellschaft vollzogen. Damit ging bei allen Instituten, bis auf die Hypo Tirol, auch die Verringerung der 100%igen Beteiligung des Landes einher.

Die Hereinnahme anderer Aktionäre ergab sich im Burgenland bereits 1991 durch Fusion der Länderbank-Tochter Eisenstädter Bank AG in die Hypo als aufnehmendes Institut. Das Land Burgenland erwarb 2002 den 7%igen Anteil der Wüstenrot AG und hält 97,97% der Stammaktien, weitere 2,03% befinden sich im Streubesitz. Ebenfalls 1991 beteiligte sich die Grazer Wechselseitige Versicherung mit 33% (inzwischen auf 48% aufgestockt) an der Kärntner Hypo. 1996 erwarb die ÖVAG eine 26%ige Beteiligung an der Hypo NÖ, die inzwischen auf 41% aufgestockt wurde.

1997 wurde eine 49%ige Beteiligung der OÖ Raiffeisenlandesbank an der OÖ Hypo finalisiert. Im Mai 2003 veränderte sich die Eigentümerstruktur der Hypo OÖ dahingehend, daß seitens des Landes 50,57%, seitens der Hypo-Holding GmbH 48,59% und seitens der Mitarbeiter 0,84% gehalten werden. An der Hypo-Holding GmbH ist die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich mit rund 70%, die Generali AG mit rund 25% und die Oberösterreichische Versicherung AG mit 5% beteiligt. 1998 erfolgten die Beteiligungen an den Hypos Vorarlberg (25% durch ein Bankenconsortium aus Baden-Württemberg), Steiermark (49% durch die Raiffeisenlandesbank Steiermark) und Salzburg (49% durch ein Bankenconsortium, an dem die OÖ Raiffeisenlandesbank und die OÖ Hypo im Verhältnis 2:1 beteiligt sind). Die Beteiligung der Raiffeisenlandesbank Steiermark an der Hypo Steiermark wurde mittlerweile auf 75% minus einer Aktie aufgestockt. Bei der Hypo Salzburg hat das Land Salzburg im Mai 2003 die Put-Option gezogen und neben den 25% weitere 15% verkauft, sodaß an der Hypo Salzburg die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich 50,01%, die Hypo OÖ 24,98%, die Generali AG 12,51%, die Oberösterreichische Versicherung 2,5% und das Land Salzburg mit 10% und 1 Aktie beteiligt sind.

GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS

Freier Verband

Aufgabe des im Jahr 1947 gegründeten (freien) Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist es, die gemeinsamen wirtschaftlichen und ideellen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere in den Angelegenheiten des Bankwesens zu vertreten. Ihm gehören als ordentliche Mitglieder die acht Landes-Hypothekenbanken an. Außerordentliche Verbandsmitglieder sind der Österreichische Gemeindebund, der Österreichische Städtebund, der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands und die Bank Austria Creditanstalt AG.

Die Direktorenkonferenz des Verbandes, das wichtigste Verbandsorgan, in dem die Hypo-Banken durch ihre Vorstandsvorsitzenden vertreten sind, trat im Berichtsjahr zu sieben tourlichen Sitzungen zusammen.

In der ordentlichen Vollversammlung des Verbandes, die am 5. Juni 2002 in St. Pölten stattgefunden hat, wurde als Nachfolger für den in den Ruhestand tretenden Generaldirektor MMag. Dr. Kurt Adelsburg Herr Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma zum neuen Verbandspräsidenten und Herr Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer sowie Herr Direktor Dr. Wolfgang Kulterer zu Vizepräsidenten gewählt. Eine außerordentliche Vollversammlung fand am 29. November 2002 in Wien statt.

Fachverband

Mitglieder des 1988 errichteten Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken sind neben den acht Landes-Hypothekenbanken die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, die Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H., die LBA LandesBausparkasse AG und die Hypo-Wohnbaubank AG.

Sicherungseinrichtung

Als gesetzlich vorgesehene Sicherungseinrichtung für die Fachverbandsmitglieder besteht die Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. Sie hat neben der Einlagensicherung auch die Anlegerentschädigung für Wertpapierdienstleistungen zu gewährleisten. Im Rahmen des Früherkennungssystems werden Monatsausweise, Quartalsberichte, Prüfberichte, bankaufsichtliche Prüfberichte sowie Einschauberichte der Oesterreichischen Nationalbank und des Rechnungshofes kontrolliert und auf Auffälligkeiten überprüft.

Die Einlagensicherung führt regelmäßige Informationsgespräche mit den Einlagensicherungsgesellschaften der anderen Sektoren.

Der Sicherungseinrichtung gehören die acht Landes-Hypothekenbanken, die LBA LandesBausparkasse AG, die Hypo-Wohnbaubank AG sowie die Pfandbriefstelle an. Letztere deswegen, weil ihre nicht fundierten Emissionen als sicherungspflichtige (wenn auch nicht gesicherte) Einlagen gelten, das eigentliche Einlagengeschäft wird von der Pfandbriefstelle nicht betrieben. Das Gleiche gilt auch für die Emissionen der Hypo-Wohnbaubank AG. Für das Jahr 2003 ist geplant, ein leistungsfähiges Software Tool der Firma Cognos zu implementieren, mit dem die Tiefe der Analysetätigkeit weiter gesteigert werden kann.

Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Pfandbriefstelle als gemeinsames Emissionsinstitut für großvolumige Emissionen der Hypo-Banken ihr Emissionsvolumen auf € 5,6 Mrd. ausweiten. Die dem Gründungsauftrag der Pfandbriefstelle entsprechende Emissionstätigkeit wurde im Jahr 2000 mit der Begebung einer 2 Mrd. CHF-Emission wieder aufgenommen. Noch im Dezember 2000 wurde ein Debt Issuing Programm mit der Deutsche Bank AG mit einem Volumen von € 5 Mrd. abgeschlossen. Dieses Programm wurde im Jänner 2002 auf ein Volumen von € 7,5 Mrd. aufgestockt und am 24.1.2003 auf ein weiteres Jahr verlängert. Die Mittel aus diesen Emissionen werden satzungsgemäß an die Landes-Hypothekenbanken weitergegeben. Die Emissionen der Pfandbriefstelle werden im Rahmen eines frequent issuer ratings von der Ratingagentur Moody's mit dem bestmöglichen Rating „Aaa“ bewertet. Mit Beschluß des Verwaltungsrates vom 14.3.2002 wurde der Vorstand um Dr. Hannes Leitgeb, den Leiter des Treasury der Hypo Vorarlberg erweitert. Die Pfandbriefstelle gewann im Berichtsjahr folgende Preise: „Best New MTN Borrower 2002“ von MTN-Week und „Best Euroyen/Global Yen Bond 2001“ von International Financial Review.

Hypo-Banken-Holding

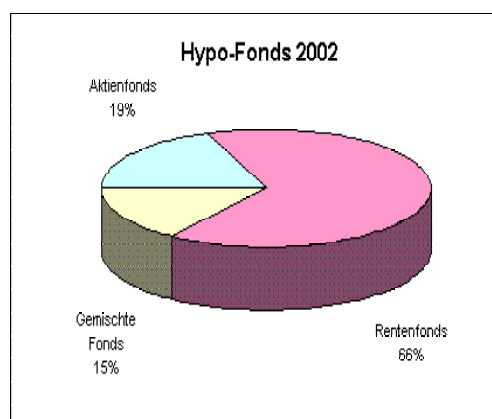
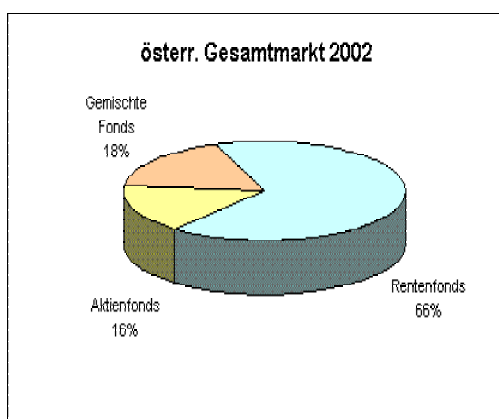
Da der Pfandbriefstelle satzungsgemäß der Erwerb von Beteiligungen nicht möglich ist, wurde für die Beteiligung des Sektors an gemeinsamen Einrichtungen der Kreditwirtschaft im Jahr 1977 die Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H. gegründet.

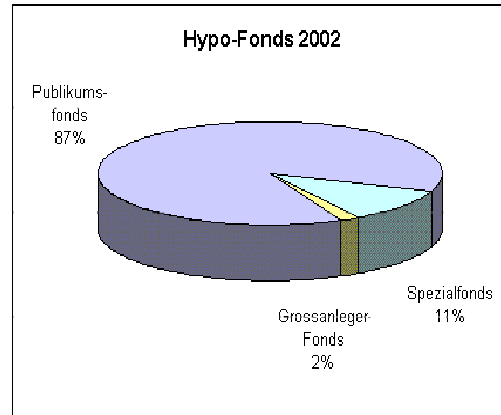
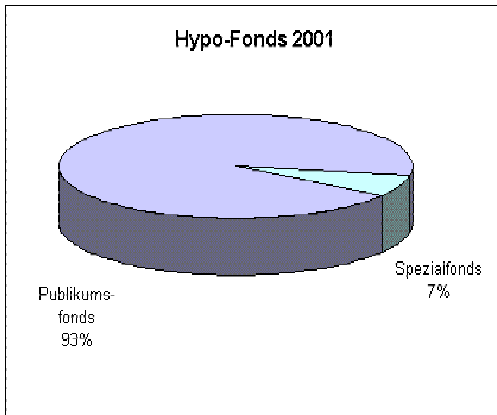
Sie hielt per Ende 2002 Beteiligungen an der Europay Austria Zahlungsverkehrssysteme Ges.m.b.H, APSS Austrian Payment Systems Services Ges.m.b.H., der Österreichischen Lotterien Ges.m.b.H., der Wiener Börse AG, der STUZZA Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr Ges.m.b.H. und der A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr Ges.m.b.H. Die Beteiligungsfinanzierungs AG wurde 2002 liquidiert.

Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H.

Die Entwicklung der Hypo-KAG verlief angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen auch im Jahre 2002 zufriedenstellend. Während das Wachstum der Gesamtbranche 3,4% betrug, wuchs die Hypo-KAG im Berichtsjahr um 6,2%. Es wurden insgesamt 10 Fonds neu aufgelegt, hievon 5 Fonds für externe Häuser.

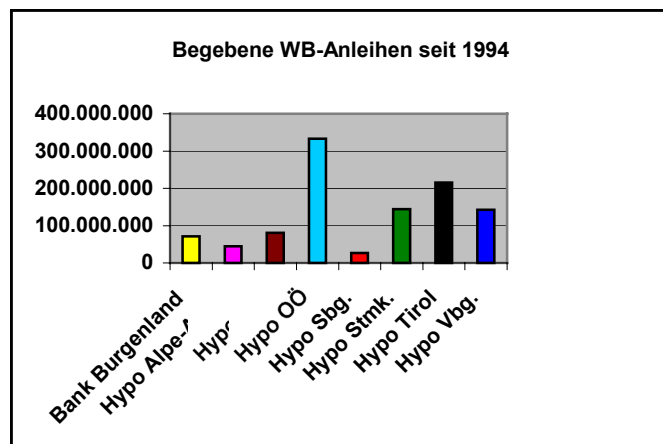
Nach der weitgehend abgeschlossenen Abrundung der Fondspalette wird der Schwerpunkt des laufenden Geschäftsjahres auf Produkte gelegt, die sich speziell für Großanleger und institutionelle Investoren eignen. Die Hypo-KAG wird auch im laufenden Geschäftsjahr ein Wachstum aufweisen, das über dem der Gesamtbranche liegen wird.





Hypo-Wohnbaubank AG

Das schwierige wirtschaftliche Umfeld und die Turbulenzen an den Aktienmärkten haben 2002 zu einer verstärkten Nachfrage nach sicheren Kapitalmarktprodukten und insbesondere nach Wohnbauanleihen geführt. Die Hypo-Wohnbaubank AG konnte ihr Emissionsergebnis auf rd. € 254,6 Mio. steigern und somit einen neuen Absatzrekord erzielen. Am österreichischen Gesamtmarkt der Wohnbauanleihen, dessen Gesamtemissionsvolumen sich mittlerweile auf insgesamt € 4,7 Mrd. beläuft, hat die Hypo-Wohnbaubank AG mit einem Emissionsanteil von € 1.059 Mio. einen Marktanteil von 22,5% und liegt auf Platz 2 aller Anbieter. Dieses Ergebnis spiegelt wider, daß eine der Kernkompetenzen der Landes-Hypothekenbanken in der Wohnbaufinanzierung liegt.



Sparsame Gestionierung

Die Gestionierung aller gemeinsamen Gesellschaften erfolgt weiterhin äußerst effizient. So werden die Funktion des geschäftsführenden Direktors der Pfandbriefstelle, die Geschäftsführung von Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H., Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H., Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H. und Hypo-Wohnbaubank AG von Mitarbeitern des Verbandes wahrgenommen, bei Pfandbriefstelle, KAG und Wohnbaubank jeweils gemeinsam mit einem Mitarbeiter aus einer Hypo-Bank.

Verwaltung und Rechnungswesen von Hypo-Banken-Holding, Hypo-KAG, Hypo-Haftung, und Hypo-Wohnbaubank werden von Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern des Verbandssekretariates und der Pfandbriefstelle besorgt.

INTERNATIONALE KONTAKTE

Europäischer Hypothekenverband

Der Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist Mitglied des Europäischen Hypothekenverbandes, Brüssel, dem auch die Bank Austria Creditanstalt AG und die Erste Bank angehören. Ziel des Verbandes ist es, die Spezifika des Hypothekenbank- und Pfandbriefgeschäftes, dem in Österreich eine besondere Bedeutung zukommt, auch in einem harmonisierten Europa zu erhalten. Unter Federführung des Europäischen Hypothekenverbandes wurde ein Verhaltenskodex für Hypothekarkreditgeber entwickelt, der im März 2001 unterzeichnet wurde, wobei im September 2002 die nach dem Kodex vorgesehene zwölfmonatige Umsetzungsfrist für die Implementierung der Regelungen abgelaufen ist. Alle Landes-Hypothekenbanken haben verbindlich erklärt, den Kodex zu beachten. Nach Informationen der EU-Kommission haben bislang EU-weit ca. 3.600 Anbieter den Verhaltenskodex anerkannt.

Die der österreichischen Delegation zustehende Position eines Vizepräsidenten des Europäischen Hypothekenverbandes wird durch Herrn August Wilhelm Jungmeister von der Bank Austria Creditanstalt AG wahrgenommen. Mitarbeiter des Verbandes wirken in den Ausschüssen für Recht und für Statistik sowie im Pfandbrief- und Kapitalmarktausschuß mit.

Deutschland

Seit vielen Jahren bestehen ausgezeichnete Beziehungen zum Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und zu Dr. Bernd Lühje, der nach zwölfjähriger Tätigkeit als VÖB-Hauptgeschäftsführer Ende April 2002 in den Vorstand der Westdeutschen Landesbank nach Düsseldorf gewechselt ist. Wir wollen ihm auf diesem Wege alles Gute für seine neue Aufgabe wünschen und unseren Dank für die stets gute Zusammenarbeit aussprechen. Auch mit dem neuen Hauptgeschäftsführer, Herrn Karl-Heinz Boos, konnte das Pooling der vielen gemeinsamen Aspekte des Kreditwesens, insbesondere der Basler Eigenmittelakkord, der österreichischen und deutschen Kreditwirtschaft fortgesetzt werden.

Es erfolgt auch ein reger Meinungs austausch mit dem Verband der deutschen Hypothekenbanken, dem für die Verbreitung des Pfandbriefsystems in den für Österreich so wichtigen ost- und südosteuropäischen Ländern sowie für die Modernisierung des Pfandbriefrechtes in Europa große Verdienste zukommen. Mit Interesse wird insbesondere die Fortentwicklung des Projektes „LGD-Grading“ betrachtet, das die Voraussetzungen schaffen soll, den fortgeschrittenen Ratingansatz von Basel II zu verwenden und das über eine Tochtergesellschaft auch anderen Verbänden und Banken zugänglich gemacht werden soll.

Schweiz

An den tourlichen Treffen der Geschäftsführer des Bundesverbandes öffentlicher Banken und des Hypo-Verbandes nimmt auch der Geschäftsführer des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken, Herr Direktor Carlo Mati, teil. In letzter Zeit haben die besprochenen Themen zunehmend Auswirkungen auf den Schweizer Bankplatz, wie dies z. B. bei der EU-Zinsrichtlinie der Fall ist.

Mit Interesse werden auch die jüngsten Entwicklungen bei der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken und der Pfandbriefbank der schweizerischen Hypothekarinstitute verfolgt, zumal nach dem schrittweisen Wegfall der Landeshaftung die Emission von öffentlichen Pfandbriefen, Hypothekentpfandbriefen und gedeckten Schuldverschreibungen wieder von sehr großer Bedeutung sein wird.

GESCHÄFTSVERLAUF

Die Hypos blicken, zieht man die Entwicklung der Gesamtbranche als Vergleich heran, auf ein positives Jahr zurück. Während in der Gesamtbranche sowohl die Bilanzsumme als auch die Erträge zurückgingen, konnte sich der Sektor gegenläufig entwickeln.

Bilanzentwicklung

Ähnlich stark wie im Vorjahr konnte die Bilanzsumme gesteigert werden, und zwar um 11,5% auf € 40.457 Mio. Die gesamte Branche mußte hingegen erstmalig eine Verringerung um 2,5% hinnehmen. Die Landes-Hypothekenbanken konnten damit ihre Position als nach den Sparkassen, Aktienbanken und Raiffeisenbanken viertgrößter (bzw. unter Berücksichtigung der Gruppe der „Sonderbanken“ fünftgrößter) Sektor vor den Volksbanken festigen, der Anteil an der gesamten Bilanzsumme der Kreditwirtschaft (ohne Bausparkassen) konnte auf 7,3% gesteigert werden.

Stark expansiv entwickelten sich auf der Passivseite die Einlagen, die auf rd. € 8.652 Mio. um 13,2% anstiegen, während der Branchendurchschnitt bei rd. 1,1% lag, wobei die Sichteinlagen im Hypo-Sektor um 26% anwachsen konnten; lediglich die Termin- und Fremdwährungseinlagen waren rückläufig. Weit über dem Branchenschnitt (rd. 1,8%) liegt die Steigerung der Spareinlagen, die einschließlich der kapitalisierten Zinsen um 14,9% zunahmen.

Ähnlich kräftig wie im Vorjahr verlief die Ausweitung bei den eigenen Emissionen, deren Umlauf auf € 25.371 Mio. oder 18,8% anstieg. Rechnet man die einzig rückläufige Position, Hypotheken- und öffentliche Pfandbriefe heraus (-4,6%), so wäre die Steigerung der Emissionen bei ca. 30% dank der Wohnbau- (+30,3%) und sonstigen Anleihen (+30,9%) gelegen. Das verwaltete Kundenvermögen auf den Depots verringerte sich aufgrund der signifikanten Kursverluste an den Börsen um 13% auf € 9,9 Mrd.

Auf der Aktivseite stiegen die Direktkredite an inländische Nichtbanken um rd. 5,3% auf € 21.980 Mio. Die Zuwachsrate lag damit deutlich über dem Durchschnittswert der Kreditwirtschaft, der mit 0,35% stagnierte.

Stark forciert wurde weiterhin das Auslandsgeschäft der Hypo-Banken in den jeweils benachbarten Staaten bzw. Regionen - Süddeutschland, Schweiz, Liechtenstein, Südtirol und Oberitalien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Ungarn. Die Auslandsaktiva stiegen um rd. 29,4% und die Auslandspassiva um rd. 53,3%.

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß das Auslandsgeschäft der Hypo Alpe-Adria-Bank über selbständige Auslandstöchter abgewickelt wird und in den vorstehenden Ziffern daher nicht enthalten ist. Das gleiche gilt für die Tochter der Hypo Vorarlberg, die Hypo Investment Bank AG in Vaduz.

Die Eigenmittelquote betrug im Berichtsjahr 10,5% der Bemessungsgrundlage.

Erfolgsrechnung

Trotz der ungünstigen Ausgangslage für das Provisions- und Handelsgeschäft und den vorzunehmenden Abwertungen und Wertberichtigungen stieg das Betriebsergebnis mit 7,6% wesentlich stärker als in der Gesamtbranche.

Die Betriebsergebnisspanne der durchschnittlichen Bilanzsumme liegt mit 0,69% somit geringfügig unter dem Branchenschnitt von 0,74%. Das zusammengefaßte Betriebsergebnis des Sektors erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber 2001 um rd. 6,76% auf € 267,57 Mio. Die Kostenrelation (Betriebsaufwendungen in Prozent der Betriebserträge) des Sektors betrug auch im internationalen Vergleich hervorragende 58,1%, ein Wert, der von keinem der anderen Sektoren auch nur annähernd erreicht wird.

Zu den angeführten sektoralen Durchschnittswerten ist anzumerken, daß die Ergebnisse und Kennziffern der einzelnen Hypo-Banken davon zum Teil ganz beträchtlich abweichen. So weisen die besten Institute auch für 2002 wieder Betriebsergebnisspannen von um die 0,85% und Cost-Income-Ratios von bis zu 48,55% aus.

Stellennetz

Mit einem Netz von 174 Bankstellen (9 Zentralen - einschließlich Pfandbriefstelle -, 165 Zweigstellen, Zahlstellen und Filialen) ist der Sektor in Österreich gut positioniert. Der österreichweite Marktanteil von rd. 3,2% ist allerdings insofern zu relativieren, als die Filialdichte bundesländerweise recht unterschiedlich ist und einige Hypos über ein durchaus flächendeckendes Stellennetz verfügen.

Die inländischen Geschäftsstellen verteilen sich auf die einzelnen Mitgliedsinstitute wie folgt: Bank Burgenland 18, Hypo Alpe-Adria Bank 19, Hypo Niederösterreich 27, Hypo Oberösterreich 16, Hypo Salzburg 23, Hypo Steiermark 19, Hypo Tirol 25, Hypo Vorarlberg 26 sowie die Pfandbriefstelle 1.

Auslandsrepräsentanzen gibt es je eine in Sopron (Hypo Burgenland), in Brüssel (Hypo Alpe-Adria) und in Augsburg (Hypo Vorarlberg). Auslandsfilialen bestehen in St. Gallen (Hypo Vorarlberg), in Bozen und Brixen (Hypo Tirol). Die Hypo Investment Bank AG als ein auf Private Banking spezialisiertes Bankinstitut sowie die Banktöchter der Hypo Alpe-Adria-Bank in Italien, Slowenien, Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina wurden bereits erwähnt.

Die Regionalbanktochter Sopron-Burgenland-Bank wird voraussichtlich Mitte 2003 starten.

AUSBLICK FÜR 2003

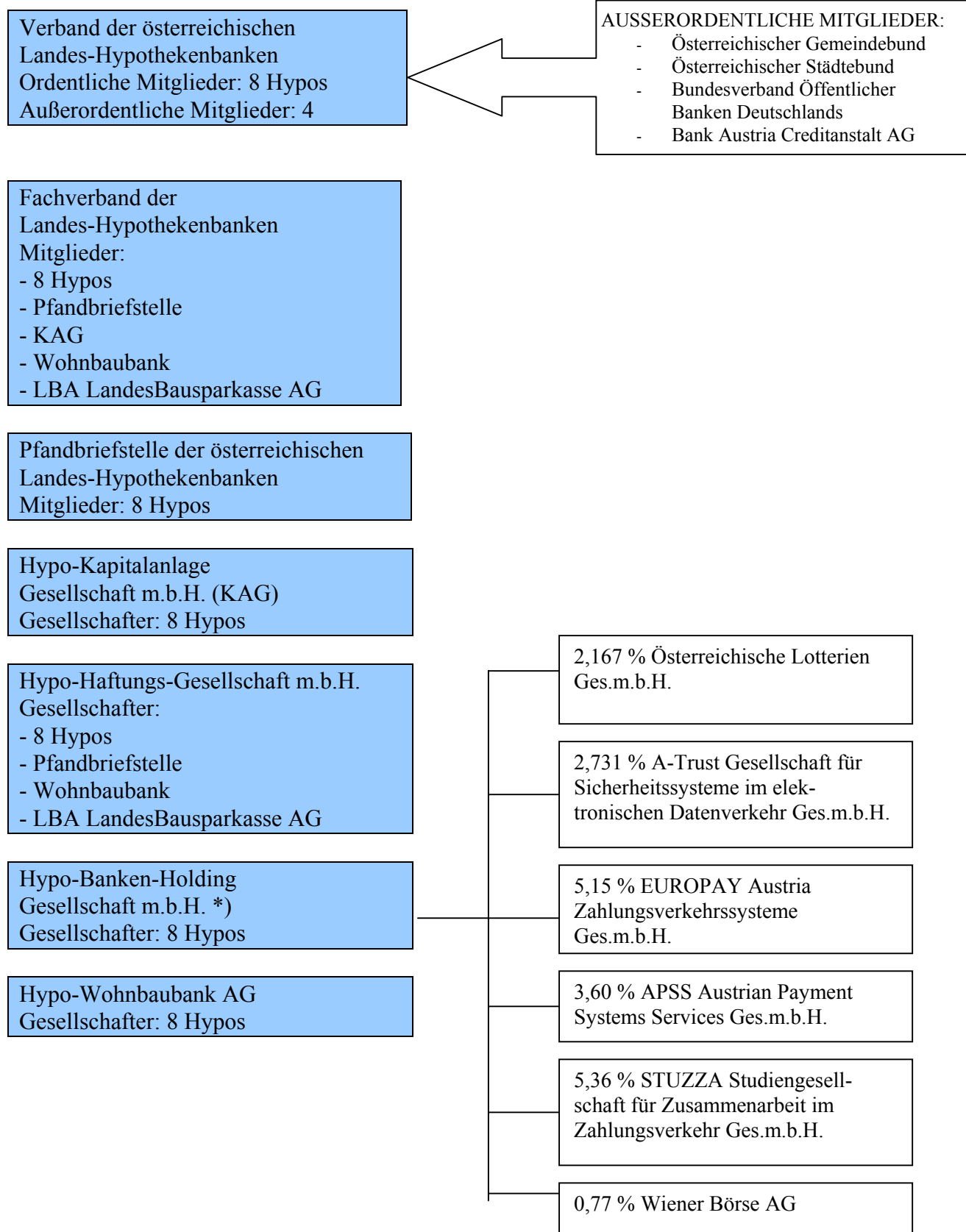
Die österreichische Wirtschaft wird sich im Jahresverlauf 2003 erholen, wobei der Aufschwung von Quartal zu Quartal an Dynamik gewinnen wird. Im Jahresdurchschnitt wird ein Wirtschaftswachstum von 1,7% erwartet, das sich im Jahre 2004 bis auf 2,5% beschleunigen wird. Getragen wird der Wirtschaftsaufschwung von einer stärker werdenden externen Nachfrage. Dies ist auf die Erholung der amerikanischen Wirtschaft zurückzuführen, die auch die Konjunktur in Deutschland beleben wird. Stieg der reale private Konsum im Berichtsjahr nur schwach, wird für 2003 ein Konsumwachstum von 1,5 - 2% präliminiert. Der kräftige Rückgang der Sparquote wird sich im nächsten Jahr nicht fortsetzen, es ist mit einem leichten Anstieg zu rechnen.

Nach einer Verflachung des Wirtschaftswachstums ab der 2. Jahreshälfte des vergangenen Jahres wird für 2003 eine allmähliche Erholung der Konjunktur erwartet, die auch zu einer Stabilisierung der Arbeitslage beitragen wird. Der Preisauftrieb sollte sich dabei verlangsamen. Von zentraler Bedeutung für die Inflation ist die Entwicklung des Wechselkurses des Euro. Ein weiteres Anziehen gegenüber dem Dollar ist bis zum Jahresende zu erwarten, der Kurs Anfang Mai betrug 1,134. Eine Stärkung des Euro dämpft sowohl die Importpreise aus der Dollarzone als auch aus der Eurozone aufgrund der verringerten Inflation.

Die für die österreichische Kreditwirtschaft wichtigsten Belange bleiben auch heuer die Vorbereitungen für Basel II. Die Reform der Basler Eigenkapitalunterlegungsvorschriften, die die internationalen Standards für die Bankenaufsicht darstellen und über die entsprechenden EU-Richtlinien in nationales Recht zu wandeln sind, sollen das Risiko der Kreditvergabe realistischer abbilden. Waren die ersten Positionspapiere noch stark von anglo-amerikanischer Seite beeinflusst, so sehen die jüngsten Vorschläge wesentliche Verbesserungen, insbesondere im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmungen, der Wohnbaufinanzierung und des Retailgeschäftes, vor.

Die Hypos befinden sich bei ihren Vorbereitungen auf Basel II voll im Zeitplan und wollen auch in den nächsten Jahren ihr Regionalbankkonzept, das auf Qualitätsführerschaft in den definierten Kundensegmenten bei einer möglichst optimalen Kostenstruktur abzielt, weiterhin konsequent verfolgen.

GESCHÄFTSPOLITIK



*) durchgerechnete Anteile

AKTIVGESCHÄFT

Inländisches Kreditvolumen

Die schon im Vorjahr zu beobachtende Abschwächung des Kreditwachstums setzte sich auch im Berichtsjahr fort. Der Zuwachs ging von € 14 Mrd. im Jahr 2000 über € 7,9 Mrd. im Jahr 2001 auf € 2,72 Mrd. im Jahr 2002 zurück. Die gesamten Ausleihungen der österreichischen Kreditinstitute an inländische Nichtbanken zum 31.12.2002 stiegen damit um 1,2% auf ein Volumen von € 235,5 Mrd.

Auch 2002 war ein Großteil des Kreditwachstums, nämlich mehr als € 2 Mrd. auf Fremdwährungskredite zurückzuführen. Die Ausleihungen in Fremdwährung erhöhten sich damit um 4,9%, im Vorjahr betrug der Zuwachs noch 7,2%. Innerhalb der Fremdwährungskredite fand eine Verschiebung von Yen-Krediten zu Krediten in Schweizer Franken statt. Der Anteil der Kredite in CHF am gesamten Kreditvolumen erhöhte sich auf fast 55%, während 37,2% der Fremdwährungsausleihungen auf JPY entfallen.

Ausleihungen der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

Bei den Hypos stieg das Gesamtausleihungsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 11,1% auf € 31,3 Mrd. Das stärkste Wachstum wiesen wieder die Zwischenbankforderungen im In- und Ausland auf, die um 28,6% auf € 5,3 Mrd. stiegen. Stärker als im Vorjahr stiegen die Kredite an ausländische Nichtbanken und zwar um 26% auf mehr als € 4 Mrd. Im Vorjahr wurde in diesem Bereich ein Zuwachs von 22% erzielt. Die Fremdwährungskredite der Hypos stiegen um 9,2% auf ein Volumen von € 4,4 Mrd.

Den geringsten Zuwachs erreichten die Eurokredite an inländische Nichtbanken, die um 4,4% auf ein Volumen von € 17,5 Mrd. stiegen. Insgesamt stieg das Ausleihungsvolumen an inländische Nichtbanken um 5,3%. In diesem Marktsegment erhöhte sich der Marktanteil des Hypo-Sektors auf 9,3%.

Ausleihungsstruktur nach Kreditnehmern

Die Aufgliederung nach Kreditnehmergruppen zeigt wie in den vergangenen Jahren einen Rückgang der Ausleihungen an den Bund. Dagegen erhöhten sich die Ausleihungen an die Länder um 33,1%, die Ausleihungen an die Gemeinden blieben mit € 1,8 Mrd. gleich. Die Ausleihungen an die Angehörigen der freien Berufe erreichten nach einem Anstieg um 20,8% erstmals ein Volumen von mehr als € 1 Mrd. 27,6% der Ausleihungen an Kunden sind hypothekarisch besichert, mehr als 20% dienen der Schaffung und Erhaltung von Wohnraum.

Das Volumen der über die Pfandbriefstelle gesteuerten Konsortialfinanzierungen belief sich per 31.12.2002 auf € 2,34 Mrd.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

AUSLEIHUNGEN DER ÖSTERREICHISCHEN KREDITUNTERNEHMUNGEN

	31.12.2001	31.12.2002	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
Nach Kreditarten				
Wechselkredite (inkl. Rediskonte)	865	757	-108	-12,4
Hypothekar- u. Kommunaldarlehen u.				
Sonstige Euro-Direktkredite	189.653	190.422	769	0,4
Fremdwährungskredite	42.282	44.342	2.060	4,9
	232.799	235.521	2.722	1,2
Nach Sektoren				
Aktienbanken und Bankiers	58.717	38.028	-20.689	-35,2
Sparkassensektor	67.978	87.046	19.067	28,0
Landes-Hypothekenbanken	20.866	21.980	1.114	5,3
Raiffeisensektor	50.055	51.941	1.886	3,8
Volksbankensektor	13.398	14.050	652	4,9
Bausparkassen	14.109	13.750	-359	-2,5
Sonderbanken	7.676	8.727	1.051	13,7
	232.799	235.521	2.722	1,2

Quelle: OeNB-Monatsausweis

AUSLEIHUNGEN DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN IN € UND FW

	31.12.2001	31.12.2002	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
Nach Kreditarten				
Wechselkredite	18	17	-1	-6,3
Kommunal- u. Hypothekardarlehen und				
Sonstige Euro-Kredite	16.791	17.532	741	4,4
Fremdwährungskredite	4.057	4.431	374	9,2
Direktkredite an inl. Nichtbanken	20.866	21.980	1.114	5,3
In- und ausl. Zwischenbankforderungen	4.123	5.304	1.181	28,6
Kredite an ausl. Nichtbanken	3.194	4.037	843	26,4
Gesamtausleihungsvolumen	28.183	31.321	3.138	11,1
Nach Kreditnehmergruppen				
Forderungen an Kunden	24.283	26.286	2.003	8,2
davon entfallen auf:				
Bund	2.407	2.143	-264	-11,0
Länder	1.451	1.931	480	33,1
Gemeinden	1.805	1.806	1	0,0
Freie Berufe u. selbst. Erwerbstätige	830	1.003	173	20,8
Private Haushalte	3.949	4.819	869	22,0
hypothekarisch besichert	6.733	7.262	530	7,9
Beschaffung/Erhaltung von Wohnraum	5.096	5.463	366	7,2

Quelle: OeNB Monatsausweis

PASSIVGESCHÄFT

Emissionstätigkeit

Die starke Emissionstätigkeit der Hypos im Zusammenhang mit erfolgreichen Emissionsprogrammen führte zu einem Anstieg der Anleihen um über 30% bzw. € 4,1 Mrd. auf ca. € 17,4 Mrd.

Bei den Pfandbriefen (Hypotheken- und öffentliche Pfandbriefe) war dagegen ein Rückgang um 4,6% auf unter € 7 Mrd. zu verzeichnen.

Das Emissionsvolumen (brutto) der österreichischen Kreditinstitute stieg gegenüber dem Vorjahr um 33,2% auf € 18,4 Mrd. Auf Pfandbriefe (Hypotheken- und öffentliche Pfandbriefe) entfallen davon etwas über € 1 Mrd. Die Beanspruchung des Kapitalmarktes durch Emissionen inländischer Nichtbanken blieb demgegenüber mit ca. € 15 Mrd. etwa gleich groß wie im Vorjahr.

Marktanteile

Bei Pfand- und Kommunalbriefen blieb der Marktanteil des Hypo-Sektors mit ca. 70% etwa gleich. Bei den sonstigen Anleihen stieg der Marktanteil auf 31,5%. Die hohe Bedeutung der Refinanzierung der Hypos durch eigene Emissionen bleibt damit weiter bestehen. Die starke Bedeutung des Wohnbaus für den Sektor zeigt sich am Marktanteil bei den Wohnbauanleihen von 22,5%.

UMLAUF VON HYPOTHEKEN- UND ÖFFENTLICHEN PFANDBRIEFEN

	2001	2002	Veränderung	
	in Millionen Euro			in %
LANDES-HYPOTHEKENBANKEN				
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	7.266	6.931	-335	-4,6
Wohnbauanleihen	813	1.059	246	30,3
Sonstige Anleihen	13.277	17.381	4.104	30,9
Summe	21.356	25.371	4.015	18,8
ANDERE EMITTENTEN				
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	3.299	2.960	-339	-10,3
Wohnbauanleihen	2.768	3.647	879	31,8
Sonstige Anleihen	37.585	37.744	159	0,4
Summe	43.652	44.351	699	1,6
GESAMTUMLAUF				
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	10.565	9.891	-674	-6,4
Wohnbauanleihen	3.581	4.714	1.133	31,6
Sonstige Anleihen	50.862	55.125	4.263	8,4
Summe	65.008	69.730	4.722	7,3
MARKTANTEIL DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN in %				
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	68,8	70,1		
Wohnbauanleihen	22,7	22,5		
Sonstige Anleihen	26,1	31,5		
Summe	32,9	36,4		

Quelle: Verbandsstatistik u. OeNB

Einlagengeschäft

Im Einlagengeschäft erzielten die Hypos jeweils über dem Durchschnitt liegende Zuwachsraten: Während die Einlagen inländischer Nichtbanken in der gesamten Kreditwirtschaft nur um 1,1% stiegen, verzeichnete der Hypo-Sektor einen Anstieg um 13,2%. Bei den Spareinlagen verminderte sich der Zuwachs in der gesamten Kreditwirtschaft von 4,8% im Vorjahr auf 1,8%, ohne Zinsgutschriften wäre hier bereits ein Abfluß zu verzeichnen gewesen. Gegen diesen Trend konnten die Hypos einen Zuwachs um 14,9% nach 9% im Vorjahr zulegen. Bei den Sichteinlagen der Hypos liegt der Zuwachs ähnlich wie im Vorjahr bei ca. 26%, dies gegenüber einem im Jahresvergleich ebenfalls unveränderten Zuwachs in der gesamten Kreditwirtschaft von ca. 8,2%. Dem Gesamttrend folgend war auch bei den Hypos ein Rückgang der Termineinlagen zu verzeichnen, und zwar um 9,3%.

Marktanteile

Bei den Emissionen stieg der Marktanteil des Hypo-Sektors auf 18,9%, bei den Gesamteilagen inländischer Nichtbanken auf 4,5%. Der Bilanzsummenanteil des Sektors erhöhte sich weiter auf 7,3%, nachdem er noch vor zwei Jahren unter 6% gelegen war.

Ertragslage

Das kumulierte Betriebsergebnis stieg um 7,6% auf € 268 Mio., das sind 0,7% der durchschnittlichen Bilanzsumme 2001/2002. Die durchschnittliche Cost-Income-Ratio der österreichischen Kreditinstitute stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8%-Punkte und verschlechterte sich auf 69,3%. Bei den Landes-Hypothekenbanken liegt das Verhältnis der Kosten zu den Erträgen bei 58,1% und damit wie in den vergangenen Jahren weit unter dem Durchschnitt.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

EINLAGEN, INLANDSEMISSIONEN UND GESAMTE FREMDMITTEL

	2001	2002	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
LANDES-HYPOTHEKENBANKEN				
Gesamteinlagen und Emissionen	29.001	34.023	5.022	17,3
Sichteinlagen	1.918	2.416	498	26,0
Termin- u. FW-Einlagen	1.411	1.280	-132	-9,3
Spareinlagen	4.315	4.956	642	14,9
Gesamteinlagen incl. Nichtbanken *)	7.644	8.652	1.008	13,2
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	7.266	6.931	-335	-4,6
Anleihen ges.	14.090	18.440	4.350	30,9
Wohnbauanleihen	813	1.059	246	30,3
Sonstige Anleihen	13.277	17.381	4.104	30,9
Summe Emissionen	21.356	25.371	4.015	18,8
Gesamte Fremdmittel*	34.584	39.168	4.585	13,3
Verwaltetes Kundenvermögen	11.378	9.900	-1.477	-13,0
ALLE SEKTOREN				
Gesamteinlagen incl. Nichtbanken	189.567	191.679	2.112	1,1
Emissionen	125.569	133.983	8.414	6,7
Gesamteinlagen und Emissionen	315.135	325.662	10.526	3,3
Gesamte Fremdmittel*	559.003	544.666	-14.337	-2,6
MARKTANTEILE DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN IN %				
Gesamteinlagen incl. Nichtbanken	4,0	4,5	0,5	
Emissionen	17,0	18,9	1,9	
Gesamteinlagen und Emissionen	9,2	10,4	1,2	
Gesamte Fremdmittel *	6,2	7,2	1,0	

* Gesamte Fremdmittel:
 In- und ausländische Zwischenbankverpflichtungen
 Einlagen von in- und ausländischen Nichtbanken
 Eigene In- und Auslandsemissionen
 Sonstige In- und Auslandspassiva

*) Ab 2002 inkl. kap. Zinsen

Quelle: Verbandsstatistik (vorläufige Bilanzen der Hypos per 31.3.2003) u. OeNB

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

KENNZAHLEN

	Aktienbanken und Bankiers	Sparkassen sektor	Landes- Hypothekenbanken	Raiffeisen sektor	Volksbanken sektor	Sonderbanken	Gesamt
Bilanzsumme 01 in Mio. €	129.264	203.214	35.821	125.760	29.362	45.259	568.682
Bilanzsumme 02 in Mio. €	91.936	214.778	40.457	131.264	29.790	46.325	554.550
Durchschnittl. Bilanzsumme aus 2001 und 2002 in Mio. €	110.600	208.996	38.139	128.512	29.576	45.792	561.616
Betriebsergebnis 2002 in Mio. €	710	1.177	268	1.209	266	510	4.140
Erwartetes EGT 2002 in Mio. €	351	388	137	660	133	422	2.090
Nettozinsertrag 2002 in Mio. €	1.175	2.525	444	1.820	462	419	6.845
Verwaltungsaufwand 2002 in Mio. €	1.322	3.152	341	1.925	456	476	7.672
Personalaufwand 2002 in Mio. €	763	2.046	208	1.150	288	216	4.672
Sachaufwand 2002 in Mio. €	559	1.105	134	774	168	260	3.000
Bankstellen	593	1.573	174	2.328	551	85	5.304

Quelle: OeNB / Bankstellen Hypo: incl. Pfandbriefstelle, excl. Repräsentanzen im Ausland

Sektoranteile 2002 in Prozent (Basis: Bilanzsumme)

Bilanzsumme	16,6	38,7	7,3	23,7	5,4	8,4	100,0
Betriebsergebnis	0,8	0,1	0,7	0,9	0,9	1,1	0,7
Erwartetes EGT	0,4	0,2	0,3	0,5	0,4	0,9	0,4
Nettozinsertrag	1,3	1,2	1,1	1,4	1,6	0,9	1,2
Verwaltungsaufwand	1,4	1,5	0,8	1,5	1,5	1,0	1,4
hievon Personalaufwand	0,8	1,0	0,5	0,9	1,0	0,5	0,8
Bankstellen	0,6	0,7	0,4	1,8	1,8	0,2	1,0

Sektoranteile 2002 in Prozent

Bilanzsumme	16,6	36,6	7,3	23,7	5,4	8,4	100,0
Betriebsergebnis	17,2	28,4	6,5	29,2	6,4	12,3	100,0
Erwartetes EGT	16,8	18,5	6,6	31,6	6,3	20,2	100,0
Nettozinsertrag	17,2	36,9	6,5	26,6	6,7	6,1	100,0
Verwaltungsaufwand	17,2	41,1	4,4	25,1	5,9	6,2	100,0
hievon Personalaufwand	16,3	43,8	4,4	24,6	6,2	4,6	100,0
Bankstellen	11,2	29,7	3,3	43,9	10,4	1,6	100,0

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

AUSGEWÄHLTE BILANZ UND G&V-DATEN DER HYPOS 2002 (in Mio. €)

	EB und HYPO - Bank Burgenland AG	Hypo Alpe-Adria- Bank AG	NÖ Landesbank- Hypotheken- bank AG	OÖ Landes- bank AG	Salzburger Landes-Hypothek- bank AG	Landes-Hypothek- bank Steiermark AG	HYPO TIROL BANK AG	Vorarlberger Lan- des- und Hypo- thekenbank AG
Durchschnittl. Bilanzsumme	2.977	7.109	4.457	4.378	3.123	3.822	6.451	6.399
Einlagen von Nichtbanken	756	1.335	1.054	971	733	746	1.323	1.734
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.697	4.696	2.742	2.922	1.783	2.866	4.537	4.114
Zwischenbankverpflichtungen	217	947	660	118	170	64	366	295
Kredite an Nichtbanken	1.990	4.425	3.188	3.148	1.934	2.640	3.748	4.597
Zwischenbankforderungen	207	2.271	500	506	605	312	1.071	251
Nettozinsertrag	23	88	49	46	27	57	79	75
Provisionsertrag	8	15	9	10	11	9	22	19
Verwaltungsaufwand	28	62	39	38	32	39	56	46
hievon Personalaufwand	18	37	22	23	23	24	33	27
Betriebsergebnis	9	60	18	27	14	30	56	54
EGT	1	40	12	20	1	13	34	16

Quelle: OeNB-Monatsausweis und -Quartalsbericht

Anzahl der Mitarbeiter

Per 31.12.2002 waren 3.821 Mitarbeiter (inklusive Teilzeitkräfte) im Hypo-Sektor beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg um 9,3%.

KOLLEKTIVVERTRAG

Die Schemabezüge für die dem Kollektivvertragsschema der Landes-Hypothekenbanken unterliegenden Mitarbeiter wurden mit Wirkung ab 1.2.2002 um 2,5% + € 5,50 erhöht. Die im November 2002 abgeschlossene Kollektivvertragsrunde 2003 ergab eine Erhöhung um 1,9% + € 6,--. Der Kollektivvertrag für die Mitarbeiter der Landes-Hypothekenbanken ist seit 1993 in Geltung, in der Zwischenzeit unterliegen knapp 60% der Mitarbeiter diesem Schema.

Das alte Gehaltsschema orientiert sich an den Öffentlich Bediensteten des jeweiligen Bundeslandes. Für diese Mitarbeiter erhöhten sich die Bezüge ab 1.1.2002 um 0,8% sowie ab 1.1.2003 um 2,1% (bzw. mindestens € 30,--).

Reform des Gehaltsschemas

In Gesprächen mit der Gewerkschaft wurde übereingekommen, Grundzüge einer Reform des Gehaltsschemas für alle Sektoren gemeinsam zu erarbeiten. Ziel der Reform ist eine stärkere Leistungsorientierung des Gehaltsschemas. Die Gespräche werden im laufenden Jahr sowohl in sektoralen- als auch in übersektoralen Arbeitsgruppen fortgesetzt.

Abfertigung neu

Mit 1. Juli 2002 trat mit dem BMVG eine umfassende Neuregelung des Abfertigungsrechts in Kraft. Eckpunkte der Neuregelung sind die Verlagerung des Abfertigungsanspruchs vom Arbeitgeber auf betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen. Die Finanzierung der Abfertigung erfolgt ab dem Beginn des Arbeitsverhältnisses durch laufende Beitragszahlungen der Arbeitgeber in der Höhe von 1,53%. Die Höhe der Abfertigung wird sich daher nach der Summe des bei der Mitarbeitervorsorgekasse angesparten Kapitals richten. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses kann im wesentlichen zwischen der Auszahlung des Kapitals und der Verrentung für Zwecke der betrieblichen Zusatzvorsorge gewählt werden. Das neue System gilt für alle Arbeitsverhältnisse, die ab 1.1.2003 beginnen.

AUSBILDUNG

Schwerpunkt im **Bereich Training** waren auch 2002 die "standardisierten" Ausbildungswege der Grund-, Fach- und Fachlaufbahnausbildung mit über 3.000 Teilnehmertagen.

28 Mitarbeiter konnten die eher "generalistisch" angelegte Fachausbildung erfolgreich abschließen, die tätigkeits-orientierten Fachlaufbahnen konnten 19 Mitarbeiter erfolgreich beenden. Beide Ausbildungswege dauern 2 Jahre und umfassen jeweils 2 (schriftliche und mündliche) Teilprüfungen, bei der Fachlaufbahnausbildung kommt noch eine von jedem Teilnehmer zu verfassende "Facharbeit" hinzu. Der erfolgreiche Abschluß wird entsprechend zertifiziert.

Ergänzend bietet die HYPO-Bildung eine Vielfalt anderer Trainings an, die zum Teil auch regional und speziell für eine HYPO-BANK veranstaltet werden.

Die HYPO-Bildung ist bestrebt, aktuelle Themen sehr rasch in ihr Programm aufzunehmen, um damit Informationen und Impulse für die Entwicklung in den HYPO-BANKEN zu geben. So gab es 2002 z.B. spezielle Veranstaltungen zu den Themen "Rechnungslegung nach IAS", "Finanzdienstleistungen im Internet", "Anlageberatung und Beraterhaftung" sowie einen Workshop über die "Eigenmittelbestimmungen nach Basel II".

In den Bereichen **Computer Based Training (CBT)** bzw. **Web Based Training (WBT)**, die seit 1992 integraler Bestandteil der HYPO-BANK-Ausbildung sind, werden die vorhandenen Programme sukzessive überarbeitet und dabei auch inter- und intranetfähig gemacht. Zu den Themen "Volkswirtschaft", "Wertpapier" und "Steuern" konnten den HYPO-BANK-Mitarbeitern neue Lern- und Test-Programme zur Verfügung gestellt werden.

Das vor einigen Jahren geschaffene **HYPO-BANK-Kompendium** - ein Wissensmanagementsystem auf Intranet-Basis - wird von den HYPO-BANK-Mitarbeitern immer stärker in Anspruch genommen. 2002 wurden alle internetfähigen Lern- und Testprogramme in die "HYPO-BANK-Kompendium"-Plattform eingebettet, sodaß die Mitarbeiter auf ein integriertes Lern-, Test- und Informationsmedium zurückgreifen können.

Das 2001 gemeinsam mit Partnern aus Belgien, Frankreich und Luxemburg im Rahmen des **Leonardo da Vinci-Programms 2000-2006 der EU** gestartete Projekt "LaFiBa" wurde 2002 fortgeführt. Ziel dieses Projekts ist die Entwicklung eines speziellen Sprachlernprogramms für Banken und Finanzdienstleister. Die Fertigstellung ist für Ende 2003 vorgesehen.

Alle Bildungsmaßnahmen haben ein Ziel: den HYPO-BANK-Kunden optimale Beratung und Betreuung zu bieten. Alle Bildungsmaßnahmen sind aber nur möglich, weil sie unterstützt werden durch Trainer, Führungskräfte, Bildungsverantwortliche und getragen werden vom "Bildungswillen" der HYPO-BANK-Mitarbeiter. Ihnen allen sei dafür herzlich gedankt!

MITGLIEDSINSTITUTE

EB und HYPO - Bank Burgenland AG

Zentrale:	7000	Eisenstadt, Neusiedler Straße 33	+43 (0) 2682/605-0
Filialen:	1090	Wien, Kolingasse 12	+43 (0) 1/4060460-0
	2421	Kittsee, Hauptplatz 32	+43 (0) 2143/3330-0
	2491	Neufeld, Hauptstraße 55	+43 (0) 2624/52668-0
	7000	Eisenstadt, Hauptstraße 31	+43 (0) 2682/605-0
	7071	Rust, Hauptstraße 6	+43 (0) 2685/205-0
	7100	Neusiedl, Hauptplatz 26-28	+43 (0) 2167/2271-0
	7111	Parndorf, Wirtschaftspark, Straße 2	+43 (0) 2166/3663-0
	7132	Frauenkirchen, Franziskanerstraße 21	+43 (0) 2172/2544-0
	7151	Wallern, Hauptstraße 11	+43 (0) 2174/2855-0
	7201	Neudörfel, Hauptstraße 33	+43 (0) 2622/77341-0
	7210	Mattersburg, Martinsplatz 4	+43 (0) 2626/67570-0
	7350	Oberpullendorf, Hauptstraße 9	+43 (0) 2612/42193-0
	7400	Oberwart, Hauptplatz 11, Atrium	+43 (0) 3352/38913-0
	7400	Oberwart, Dornburggasse 80, LKH	+43 (0) 3352/32841
	7540	Güssing, Hauptplatz 6	+43 (0) 3322/43437-0
	8380	Jennersdorf, Hauptplatz 15	+43 (0) 3329/45382-0
Zahlstelle:	7100	Neusiedl, Seestraße 40-42, Hotel Wende	+43 (0) 2167/8111
Repräsentanz: H-9400 Sopron, Kossuth L.u.19			+36 99513000

HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG

Zentrale:	9020	Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1	+43 (0) 50202
Filialen:	1010	Wien, Stock-im-Eisen-Platz 3	+43 (0) 50202-6900
	9020	Klagenfurt, Domgasse 5	+43 (0) 50202
	9020	Klagenfurt, Baumbachplatz 2	+43 (0) 50202-6100
	9020	Klagenfurt, Feschnigstraße 17	+43 (0) 50202-6800
	9020	Klagenfurt, LKH	+43 (0) 50202-6850
	9100	Völkermarkt, Hauptplatz 27	+43 (0) 50202-6250
	9300	St. Veit/Glan, Platz am Graben	+43 (0) 50202-6750
	9400	Wolfsberg, Herrengasse 1	+43 (0) 50202-6400
	9400	Wolfsberg, St. Stefaner Straße 8	+43 (0) 50202-5150
	9411	St. Michael 26	+43 (0) 50202-5050
	9412	St. Margarethen 36	+43 (0) 50202-5100
	9413	St. Gertraud 74	+43 (0) 50202-6500
	9461	Prebl 70A	+43 (0) 50202-5000
	9470	St. Paul, Hauptstraße 18	+43 (0) 50202-6450
	9500	Villach, Ossiacher Zeile 9	+43 (0) 50202-6300
	9560	Feldkirchen, Tiebelzentrum, 10.-Oktober-Straße	+43 (0) 50202-6700
	9620	Hermagor, Gasserplatz 1	+43 (0) 50202-6200
	9800	Spittal/Drau, Neuer Platz 19	+43 (0) 50202-6150
Repräsentanz: B-1040 Brüssel, Avenue d'Auderghem 67-3			+32 2 231 1007

MITGLIEDSINSTITUTE

Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank AG

Zentrale.:	3100	St. Pölten, Kremser Gasse 20	+43 (0) 2742/4920
Filialen:	1011	Wien, Wipplingerstraße 2	+43 (0) 1/905 0050
	1014	Wien, Herrengasse 10	+43 (0) 1/533 32 37
	1040	Wien, Operngasse 21	+43 (0) 1/586 55 91
	1060	Wien, Mariahilfer Straße 121	+43 (0) 1/597 32 42
	1090	Wien, Porzellangasse 64	+43 (0) 1/317 74 65
	1140	Wien, Linzer Straße 402	+43 (0) 1/914 56 25
	1210	Wien, Schloßhoferstraße 53	+43 (0) 1/271 86 57
	2070	Retz, Hauptplatz 11	+43 (0) 2942/20 424
	2130	Mistelbach, Franz Josef-Straße 17	+43 (0) 2572/20 402
	2301	Groß-Enzersdorf, Schloßhoferstraße 4	+43 (0) 2249/36 07
	2340	Mödling, Freiheitsplatz 7	+43 (0) 2236/42480
	2340	Mödling, Sr.M.Restituta-Gasse 12	+43 (0) 2236/48 550
	2380	Perchtoldsdorf, Wiener Gasse 27	+43 (0) 1/ 869 04 98
	2500	Baden, Josefsplatz 6	+43 (0) 2252/41 289
	2500	Baden, Schwartzstraße 50	+43 (0) 2252/21 199
	2700	Wr. Neustadt, Corvinusring 3-5	+43 (0) 2622/23 357
	2700	Wr. Neustadt, Adlergasse 3	+43 (0) 2622/284 20
	3100	St. Pölten, Kremser Gasse 20	+43 (0) 2742/4920/1111
	3100	St. Pölten, Landhaus-Boulevard 3/25	+43 (0) 2742/258 020
	3300	Amstetten, Wiener Straße 28	+43 (0) 7472/684 81
	3400	Maria Gugging, Hauptstraße 2	+43 (0) 2243/83238
	3430	Tulln, Bahnhofstraße 15	+43 (0) 2272/652 05
	3500	Krems, Mitterweg 10	+43 (0) 2732/706 40
	3500	Krems, Obere Landstraße 14	+43 (0) 2732/875 61
	3580	Horn, Kirchenplatz 11	+43 (0) 2982/2970
	3910	Zwettl, Neuer Markt 6	+43 (0) 2822/531 75

Oberösterreichische Landesbank AG

Zentrale:	4010	Linz, Landstraße 38	+43 (0) 732/76 39-0
Filialen:	1030	Wien, Jacquingasse 47 / Mohsgasse 1	+43 (0) 1/7969820
	4020	Linz, Landstraße 38/Rudigierstr. 4	+43 (0) 732/76 39-0
	4020	Linz, Huemerstraße 23	+43 (0) 732/77 83 91
	4020	Linz, Bahnhofplatz, Kärntner Straße 16	+43 (0) 732/65 63 90
	4020	Linz, Am BinderMichl 28	+43 (0) 732/34 46 11
	4020	Linz, Eurocenter-Oed/Europastraße	+43 (0) 732/38 12 07
	4020	Linz, Wagner-Jauregg-Weg 15	+43 (0) 732/66 00 03
	4040	Linz, Steg, Pulvermühlstraße 21	+43 (0) 732/25 14 83
	4040	Linz, Magdalena/Griesmayrstraße 19	+43 (0) 732/25 25 24
	4040	Linz, Neues Rathaus/Hauptstraße 1-5	+43 (0) 732/73 11 29
	4400	Steyr, Wehrgrabengasse 18	+43 (0) 7252/74088
	4600	Wels, Kaiser-Josef-Platz 23	+43 (0) 7242/62 8 81
	4780	Schärding, Karl-Gruber-Straße 1	+43 (0) 7712/79 79
	4840	Vöcklabruck, Dr.Anton Bruckner-Straße 15	+43 (0) 7672/22 4 44
	4910	Ried/Innkreis, Stelzhamerplatz 6	+43 (0) 7752/82 9 22

MITGLIEDSINSTITUTE

Salzburger Landes-Hypothekenbank AG

Zentrale:	5020	Salzburg, Residenzplatz 7	+43 (0) 662/8046
Filialen:	5020	Salzburg, Petersbrunnstraße 1	+43 (0) 662/8046
	5020	Salzburg, Lindhofstraße 5	+43 (0) 662/431397
	5020	Salzburg, Dreifaltigkeitgasse 16	+43 (0) 662/877475
	5020	Salzburg, Aignerstraße 4	+43 (0) 662/620411
	5020	Salzburg, Vogelweiderstraße 55	+43 (0) 662/881238
	5020	Salzburg, Ignaz-Harrer-Straße 79a	+43 (0) 662/430455
	5073	Wals-Himmelreich, Bundesstraße 2	+43 (0) 662/854990
	5101	Bergheim, Moosfeldstraße 1	+43 (0) 662/453660
	5110	Oberndorf, Brückenstraße 8	+43 (0) 6272/5161
	5201	Seekirchen, Hauptstraße 12	+43 (0) 6212/7320
	5202	Neumarkt, Hauptstraße 25	+43 (0) 6216/7452
	5340	St. Gilgen, Aberseestraße 8	+43 (0) 6227/7975
	5400	Hallein, Kornsteinplatz 12	+43 (0) 6245/84351
	5431	Kuchl, Markt 57	+43 (0) 6244/7625
	5500	Bischofshofen, Gasteiner Straße 39	+43 (0) 6462/3452
	5541	Altenmarkt, Hauptstraße 40	+43 (0) 6452/6486
	5580	Tamsweg, Postplatz 110	+43 (0) 6474/6900
	5582	St. Michael, Poststraße 6	+43 (0) 6477/8611
	5600	St. Johann, Hauptstraße 16	+43 (0) 6412/8881
	5700	Zell/See, Saalfeldnerstraße 3	+43 (0) 6542/72400
	5730	Mittersill, Hintergasse 2	+43 (0) 6562/4431
	5760	Saalfelden, Almerstraße 8	+43 (0) 6582/72644

Landes-Hypothekenbank Steiermark AG

Zentrale:	8011	Graz, Radetzkystraße 15-17	+43 (0) 316/8051
Filialen:	8010	Graz, LKH, Riesstraße 1	+43 (0) 316/8051-821
	8010	Graz, Paulustorgasse 4	+43 (0) 316/8051-851
	8010	Graz, Plüddemanngasse 96	+43 (0) 316/8051-861
	8020	Graz, Peter Tunner-Gasse 34	+43 (0) 316/8051-831
	8053	Graz, Kärntner Straße 207a	+43 (0) 316/8051-841
	8280	Fürstenfeld, Commendegasse 1	+43 (0) 3382/53230
	8330	Feldbach, Bürgergasse 15	+43 (0) 3152/5012
	8430	Leibnitz, 27. Jännerstraße Nr. 2	+43 (0) 3452/71133
	8530	Deutschlandsberg, Unterer Platz 4	+43 (0) 3462/4340
	8601	Bruck/Mur, Am Grazertor 1	+43 (0) 3862/51852
	8750	Judenburg, Herrengasse 2	+43 (0) 3572/83580
	8940	Liezen, Hauptstraße 5	+43 (0) 3612/25377
	8970	Schladming, Hauptplatz 29	+43 (0) 3687/23453
Zahlstellen:	8020	Graz, Göstingerstraße 40	+43 (0) 316/8051-808
	8053	Graz, Landesnervenklinik, Wagner Jauregg Platz 1	+43 (0) 316/8051-841
	8282	Loipersdorf 215	+43 (0) 3382/8373
	8330	Feldbach, LKH, Ottokar Kernstockstraße 18	+43 (0) 3152/5012-794
	8530	Deutschlandsberg, LKH, Radlpaßstraße 29	+43 (0) 3462/4340

MITGLIEDSINSTITUTE

HYPO TIROL BANK AG

Zentrale:	6021 Innsbruck, Meraner Straße 8	+43 (0) 50700-7000
Filialen:	1010 Wien, Renngasse 9	+43 (0) 50700-5200
	2344 Maria Enzersdorf, Südstadtzentrum 24 E	+43 (0) 50700-5700
	6020 Innsbruck, Viktor-Franz-Hess-Straße 1	+43 (0) 50700-1200
	6020 Innsbruck, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50700-5400
	6020 Innsbruck, Erzherzog-Eugen-Straße 19	+43 (0) 50700-7200
	6020 Innsbruck, Kaiserjäger Straße 4a	+43 (0) 50700-5600
	6020 Innsbruck, Amraser Straße Nr. 25	+43 (0) 50700-7300
	6020 Innsbruck, Eduard-Bodem-Gasse 6	+43 (0) 50700-5500
	6020 Innsbruck, Innrain 47a	+43 (0) 50700-7100
	6060 Hall, Unterer Stadtplatz 3	+43 (0) 50700-5300
	6063 Rum, Innstraße 46	+43 (0) 50700-1500
	6100 Seefeld, Innsbrucker Straße 25	+43 (0) 50700-5100
	6130 Schwaz, Andreas Hofer Straße 6	+43 (0) 50700-1300
	6166 Fulpmes, Waldraster Straße 2	+43 (0) 50700-7700
	6290 Mayrhofen, Hauptstraße 418	+43 (0) 50700-7400
	6300 Wörgl, Speckbacherstraße 10	+43 (0) 50700-7800
	6330 Kufstein, Oberer Stadtplatz 6	+43 (0) 50700-7500
	6370 Kitzbühel, Bichlstraße 9	+43 (0) 50700-1600
	6380 St. Johann, Speckbacherstraße 29	+43 (0) 50700-7600
	6410 Telfs, Obermarktstraße 2	+43 (0) 50700-1400
	6460 Imst, Eduard-Wallnöfer-Platz 1	+43 (0) 50700-7900
	6500 Landeck, Malser Straße 11	+43 (0) 50700-1800
	6600 Reutte, Obermarkt 18	+43 (0) 50700-1900
	9900 Lienz, Hauptplatz 4	+43 (0) 50700-1700
	I-39100 Bozen, Waltherplatz 2	+39 (0) 471 319

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG

Zentrale:	6900 Bregenz, Hypo-Passage 1	+43 (0) 5574 414-0
Filialen:	1010 Wien, Singerstraße 12	+43 (0) 1/513 89 29-0
	6700 Bludenz, Am Postplatz 2	+43 (0) 5552/633 47-0
	6764 Lech, HNr. 138	+43 (0) 5583/25 78-0
	6780 Schruns, Jakob-Stemer-Weg 2	+43 (0) 5556/739 76-0
	6793 Gaschurn, HNr. 6B	+43 (0) 5558/87 22-0
	6800 Feldkirch, Neustadt 23	+43 (0) 5522/736 01-0
	6800 Feldkirch, LKH, Carinagasse 47-49	+43 (0) 5522/787 72-0
	6830 Rankweil, LKH, Valdunastraße 16	+43 (0) 5522/463 51-0
	6830 Rankweil, Ringstraße 11	+43 (0) 5522/453 30-0
	6840 Götzis, Hauptstraße 4	+43 (0) 5523/624 51-0
	6845 Hohenems, Schloßplatz 1	+43 (0) 5576/737 81-0
	6850 Dornbirn, Rathausplatz 6	+43 (0) 5572/246 53-0
	6850 Dornbirn, Messestraße 2 (Messepark)	+43 (0) 5572/295 80-0
	6863 Egg, HNr. 940, Wälderpark	+43 (0) 5512/21 44-0
	6873 Höchst, Hauptstraße 25	+43 (0) 5578/722 72-0

MITGLIEDSINSTITUTE

6890	Lustenau, Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a	+43 (0) 5577/836 11-0
6900	Bregenz, Römerstraße 2 (GWL)	+43 (0) 5574/458 52-0
6900	Bregenz-Vorkloster, Heldendankstraße 33	+43 (0) 5574/843 30-0
6923	Lauterach, Achpark, Dammstraße 2	+43 (0) 5574/706 00-0
6971	Hard, Landstraße 7	+43 (0) 5574/784 02-0
6991	Riezlern, Walsersstraße 31	+43 (0) 5517/50 01
6992	Hirschegg, Walsersstraße 65	+43 (0) 5517/33 60
6993	Mittelberg, Walsersstraße 62	+43 (0) 5517/55 91
8010	Graz, Joanneumring 7	+43 (0) 316/81 64 70-0
	CH-9004 St. Gallen, Bankgasse 1	+41 (0) 71/228 85-00
Private Banking Office:		
4600	Wels, Kaiser-Josef-Platz 48	+43 (0) 7242/21 06 24-0
Repräsentanzen:		
D-86150	Augsburg, Karlstraße 2/I	+49 (0) 821/42 07 96-0

Impressum:

Medieninhaber (Verleger): Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken.
Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Mag. Dietmar Rupar. Alle A-1040 Wien,
Brucknerstraße 8.

